

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanings, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Seidenbinderhof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anzeigen  
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.

## Beitragszahlung! Die Verbandsmitglieder werden dringend gebeten, den Rest der diesjährigen Verbandsbeiträge sofort voll zu bezahlen.

Inhalt: Außerordentlicher Gewerkschaftskongreß. — Die deutsche Kolonialpolitik und ihre Bilanz. — Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1905. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Mahnungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Verträge. Verbot oder Reform der Altkorarbeit? Beiträge zum Weihnachtsfesten. Der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeitererschlagung, Submissionsen usw. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Der Kampf um die Unfallrente. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Das größte Geschäftsgebäude aus Beton. Das Kanalunterprojekt.

lands in Gemeinschaft mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands einzuberufen und den Aufruf zur Beschickung des Kongresses mit zu unterzeichnen.

Der Zentralrat der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften erklärte sich sofort zu einem solchen Vorgehen bereit, sofern es gelingen sollte, auch den Vorstand des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften hierzu zu veranlassen.

Dieser verzögerte zunächst die Entscheidung, lehnte dann aber den Vorschlag am 7. Dezember unter dem Vorwand ab, daß auf die Tagesordnung des sogenannten nationalen „Arbeiter“-Kongresses, der am 20. Januar in Berlin stattfindet, der Punkt: „Der Gesetzentwurf, betreffend die gewerblichen Berufsvereine,“ noch nachträglich gestellt werden solle. Der Vorstand entbehrt insofern aller Stichteiligkeit, als der sogenannte nationale Arbeiterkongreß nur einen minzigen Teil gewerkschaftlicher Organisationen umfaßt und hauptsächlich eine Vertretung konfessioneller „Arbeiter“-Vereine (der evangelischen und der katholischen „Arbeiter“-Vereine und des antijewischen Handlungsgehilfenverbandes) ist. Die Gesetzesvorlage aber betrifft ausschließlich die gewerkschaftlichen Organisationen und diese sind in erster Linie berufen, ein Urteil über ihn abzugeben.

Unter einem nützigen Vorwand haben sonach die Vertreter der Christlichen Gewerkschaften es zurückgewiesen, mit der Arbeiterkraft, die anderen Gewerkschaftsgruppen angehört, in dieser Lebensfrage der gewerkschaftlichen Organisationen gemeinsame Sache zu machen. Damit dürfte aufs neue erwiesen sein, daß mit den Christlichen Gewerkschaften nicht bezweckt wird, der Sache der Arbeiter zu dienen.

Der Zentralrat der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften hatte in seiner Sitzung vom 6. Dezember beschlossen, nur an einem Gewerkschaftskongreß sich zu beteiligen, der von den Leitungen der drei Gewerkschaftsgruppen einberufen wird.

Somit sind wiederum die der Generalkommission angehörenden Gewerkschaften genötigt, allein die Interessen der Arbeiterkraft wahrzunehmen und auf die Mithilfe der anderen Gewerkschaftsgruppen verzichten zu müssen.

Wenngleich nunmehr die Einberufung des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses von der Generalkommission allein erfolgt, so steht den Vertretern der anderen Gewerkschaftsgruppen der Zutritt zu dem Kongreß nach wie vor offen. Zu ihm sollen Zutritt haben die Vertreter aller gewerkschaftlichen Organisationen (d. h. solcher Organisationen, die entsprechend dem § 152 der Gewerbeordnung, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eventuell auch mittels Einflußnahme der Arbeit erstreben), die mit uns darum kämpfen wollen, daß sich die Gesetzgebung nicht gegen die Arbeiter richtet, sondern zu Gunsten der Arbeiter gestaltet wird.

Die Vorstände der Zentralverbände werden ersucht, die Wahlen unverzüglich auszufahren. An die gesamten Mitglieder dieser Organisationen richten wir das dringende Ersuchen, in allen Zweigvereinen, auch in den kleinsten, Versammlungen einzuberufen, in welchen über den Gesetzentwurf beraten wird.

Die von den Zweigvereinen gefassten Beschlüsse sind dem Vorstände des Verbandes sofort zu übermitteln. Dieser wird sie dem Reichstage zur Kenntnis bringen.

Weitere Mitteilungen über den Kongreß und die Versammlungen erhalten die Zweigvereine von den Vorständen zugeandt.

Das Kongreßlokal, die Namen der Referenten und die Adresse des Lokalkomitees für den Kongreß werden rechtzeitig bekannt gegeben werden.

Die Generalkommission.

## Die deutsche Kolonialpolitik und ihre Bilanz.

Sechs Sitzungen von zusammen mehr als dreißigstündiger Dauer hat in der Zeit vom 28. November bis 4. Dezember der Reichstag darauf verwendet, die Kolonialpolitik zu diskutieren. Das Bild einer heillosen, in manchen Einzelheiten geradezu verbrecherischen, die Humanität und das Recht durch schamlose Barbareien schändenden Mißwirtschaft ist da vor der Welt entrollt worden. Wir wollen diese Politik, ihren Verlauf, ihren Charakter und ihre Bilanz unseren Lesern in einigen großen Zügen schildern.

Zweihundszwanzig Jahre sind vergangen, seitdem die Reichsregierung sie begann. Der leitende Staatsmann, Fürst Bismarck, genährte damit nicht etwa einem Wunsch, oder gar, wie Kolonialphantasten behauptet haben, einem „langgehegten Ideal“ des deutschen Volkes. Dieses wurde, und zwar durchaus nicht angenehm, geradezu damit überrallt, daß Bismarck am 24. April 1884 England gegenüber ein Hoheitsrecht, des Reiches über die Niederlassung eines Kaufmannes, des Herrn Lüderitz, in Angra Pequena, Südwestafrika, beanspruchte. Bis dahin hatte das Deutsche Reich Ansprüche auf Hoheitsrechte in überseeischen Ländern niemals erhoben. Deutsche Kolonien freilich bestanden schon seit Jahrhunderten in fast allen Teilen der Welt, die hauptsächlich dem Handelsbetriebe, hier und da verbunden mit Landwirtschaft und gewerblicher Tätigkeit, dienten. Aber nie war es irgend einem deutschen Staate eingefallen, Hoheitsrechte über sie geltend zu machen. Es waren freie Kolonien, gegründet ohne staatliche Mitwirkung vom freien Unternehmungsgeist, der seine Aufgabe naturgemäß lediglich darin sah, der heimischen Industrie neue Absatzgebiete zu schaffen und dafür Deutschland mit den Erzeugnissen fremder Länder zu versehen. Segen solch eine freie, rein handelswirtschaftliche, sich auf rein private Interessen und private Verantwortlichkeit stützende und doch zugleich einem wichtigen Volksinteresse dienende Kolonisierung ist vernünftigerweise nichts einzuwenden; sie ist gegeben mit der Tendenz und dem Expansionsbedürfnis des Kapitalismus, und, von gewissen schlimmen Begleitererscheinungen abgesehen, im allgemeinen eines der besten kulturfördernden Resultate der Wirksamkeit seines internationalen Wesens. Bei ihr war keine politische Phantasterei im Spiele; sie wurde bestimmt und geleitet lediglich vom nüchternen Erwerbsinteresse. Die Kaufleute waren auf ihren überseeischen Besitzungen freie Herren, soweit nicht Gesetze des fremden Landes sie beschränkten. Und sie haben sich, das muß man sagen, dort sowohl auf die selbständige Verwaltung wie auch auf das Regieren im polizeilichen Sinne verstanden.

Zu diesem frei entstandenen und entwickelten System steht die Kolonialpolitik des Reiches in einem schroffen Gegensatz. Sie ist hervorgegangen aus weltmachtpolitischer Phantasterei, die in dem schlimmsten Wahn befangen ist, für die politische Macht

## Zur Beachtung!

Des Weihnachtsfestes wegen erscheinen die Nummern 51 und 52 des „Grundstein“ zusammen am 22. Dezember und gelangen am 19. Dezember zum Versand.

Schluß der Redaktion ist für diese Doppelnummer Dienstag, 18. Dezember, Morgens 8 Uhr, wobei zu beachten ist, daß längere Einsendungen selbstverständlich früher hier sein müssen, um berücksichtigt werden zu können. Die Nummer 1 des nächsten Jahres erscheint am 5. Januar und kommt am 2. Januar zum Versand.

Redaktion des „Grundstein“.

## Außerordentlicher Gewerkschaftskongreß am 25. und 26. Januar 1907 in Berlin.

Der dem Reichstage zur Beschlußfassung vorgelegte Entwurf eines Gesetzes, betreffend gewerbliche Berufsvereine, ist für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft von so großer Bedeutung, daß eine Stellungnahme aller gewerkschaftlichen Organisationen dringend geboten erscheint. Die Vorlage, die nach der ersten Beratung im Plenum des Reichstages an eine Kommission verwiesen ist, enthält Bestimmungen, die, sobald sie Gesetzeskraft erlangen, geeignet sind, alle gewerkschaftlichen Organisationen ohne Unterschied aufs schwerste zu schädigen. Weil es sich um einen gesetzgeberischen Akt handelt, der die Interessen der gesamten Arbeiterklasse berührt, so hielt es die Generalkommission für geboten, die gewerkschaftlichen Organisationen aller Richtungen zu einem gemeinsamen Vorgehen und zur gemeinsamen Einberufung eines Gewerkschaftskongresses zu veranlassen.

Sie machte deshalb dem Zentralrat der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften und dem Vorstand des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften den Vorschlag, einen Kongreß der Gewerkschaften Deutsch-



Heilung Deutschlands sei die förmliche Angliederung überwiegender Gebiete an das Reich unerlässlich. Man wolle zur Ehre des „deutschen Namens“ in fernen Landen, auf allen Meeren ein „entscheidendes Wort“ in der großen Weltharmonie mitsprechen und deshalb „Stützpunkte“ in allen Erdteilen gewinnen. Mit dieser Phantasierei verband sich die Spekulation einzelner Großhändler und Großkaufherren, darauf gerichtet, mit Hilfe der Reichsgewalt und auf Kosten des Volkes die privaten Interessen dieser Herren zu wahren und zu fördern.

Auch der religiöse Fanatismus mütete sich mit seinen Interessen ein. Bekanntlich ist es ja eines seiner Hauptgeschäfte, den „armen Heiden“ durch Missionen die „Segnungen des Christentums“ zu übermitteln. „Heidenbekehrung“ unter dem Schutze der Reichsgewalt, so meinen die frommen Seelenjäger, sei leichter, als die freie, lediglich auf sich selbst angewiesene Missionsarbeit.

Von all den großen Hoffnungen, die man an die Kolonialpolitik des Reiches geknüpft hat, ist nicht eine in Erfüllung gegangen. So insbesondere die nicht, daß das für die Kolonien zu verausgebende Geld des Volkes uns „einen zehnfachen wirtschaftlichen Segen“ bringen werde.

Ein Mann, der als Autorität in kolonialpolitischen Fragen gilt, der ehemalige Legationsrat Dr. Zimmermann, sagt in seinem Buche über Kolonialpolitik: „Bisher habe noch jede Kolonialmacht die Erfahrung gemacht, daß sie die für ihre Kolonien auszugeben Gelder nicht wieder erhalten habe; die Gegenleistung stelle der erhöhte Handel dar.“ Aber das trifft auf die deutschen Kolonien nicht zu, wie sich an der Hand der amtlichen Statistik nachweisen läßt.

Die Ausgaben für unsere Schutzgebiete setzen sich zusammen aus: 1. den Kosten für die Zentralverwaltung (Kolonialabteilung) in Berlin M. 6787 800; 2. den Kosten der Zentralverwaltung für Kiautschou M. 404 600; 3. den Reichszuschüssen für die Kolonien M. 186 710 300; 4. dem besonderen Reichszuschuß für Kiautschou M. 85 933 810; 5. den Kosten der ostasiatischen Expedition M. 274 106 900; 6. den Kosten der südafrikanischen Expedition M. 182 840 900; 7. dem Kaufpreis der im Jahre 1899 erworbenen Karolinen M. 16 750 000. Das sind insgesamt M. 753 542 300.

Von diesem ungeheuren Aufwand entfallen auf den dreizehnjährigen Zeitraum 1893 bis 1906/06 allein M. 521 995 000! Besonders charakteristisch sind die für die „Pachtung“ Kiautschou verausgabten M. 85 933 810; sie verteilen sich auf acht Jahre, 1898 bis 1905. Diese Summe hat das deutsche Volk zahlen müssen für den „Aufschwung“ des chinesischen Dreiecks, das 500 qkm mißt, also nur 85 qkm größer ist als das Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg. Die preußisch-deutsche Kulturhebung jenes Fleckchens chinesischer Erde hat bis jetzt M. 171 817 pro Quadratkilometer gekostet.

Selbst wenn China die Kosten der ostasiatischen Expedition an das Deutsche Reich, M. 274 106 900,

nach und nach tilgen sollte, was durchaus nicht sicher ist, bleiben noch rund 500 Millionen von der Gesamtausgabe für die Kolonien übrig. Aber für einen „Ausgleich“ ist schon gesorgt; die derzeitigen und späteren, sicher zu erwartenden Aufstände in unseren afrikanischen Schutzgebieten werden sicherlich noch viel mehr Geld kosten als wir von China je erhalten.

Mit diesen Ausgaben vergleiche man die „Gegenleistung“ unserer Kolonien, den Handel. Genaue Angaben darüber gibt es erst seit 1891. Was vor dieser Zeit Deutschland mit Ostafrika, West- und Südafrika ausgetauscht hat, wird auf höchstens M. 6 000 000 im Jahresdurchschnitt geschätzt, also von 1885 bis 1900 insgesamt auf etwa M. 36 000 000. Von da ab bis 1905 weist die amtliche Statistik insgesamt M. 282 063 000 Handelswert für jene Gebiete nach. Dazu die früheren M. 36 000 000, gibt rund M. 318 000 000 für den gesamten Handel aller unserer Kolonien mit dem Mutterlande von 1885 bis heute. Davon aber muß eine erhebliche Summe in Abzug gebracht werden, nämlich der Wert der Bedürfnisse für unsere Beamten und Soldaten in den Kolonien. Man hat diese Summe auf mindestens M. 60 000 000 geschätzt. Es bleiben also wirklicher Handelswert etwa M. 250 000 000.

Und diesem Reizitat stehen M. 750 000 000 Ausgaben, also nahezu das Dreifache, gegenüber! Nicht einmal damit kann man diese ungeheuren Ausgaben rechtfertigen, daß unsere Schutzgebiete einer größeren Anzahl Deutschen eine neue Heimat geworden. Es lebten dort im Jahre 1904 im ganzen 5495 Deutsche auf Gebieten, die insgesamt 2 656 670 qkm umfassen, also die fünffache Größe des Deutschen Reiches haben. Als ganz erfolglos hat sich das Bemühen erwiesen, den deutschen Auswandererstrom nach unseren Kolonien zu lenken und so ein „größeres Deutschland“ zu schaffen. Das Klima jener Gebiete, vielleicht mit Ausnahme eines Teiles von Südwestsafrika, erlaubt eine regelrechte, umfassende Besiedelung durch Europäer nicht.

Die ungeheuren Geldopfer, die das Deutsche Reich seit 1885 für die Schutzgebiete zu bringen gezwungen war, sind lediglich einer kleinen Anzahl von Großkapitalisten zu gute gekommen. Und weiter haben sie dazu geblutet, allerlei „Goldentum“, das durch schändliche Barbareien wider die „Wilden“, die Ehre des deutschen Namens geschändet hat, zu züchten sowie anderen patriotischen Söhnen der herrschenden Stände und Klassen Verforgung zu gewähren. Dazu die Opfer an Blut und Leben, die die von Kolonialheldentum frivolt herausbeschworenen Aufstände erfordert haben und noch erfordern werden.

So sieht unsere herrliche „Kolonialpolitik“ in Wirklichkeit aus. Das ist ihre traurige Bilanz! Eine bessere, erfreulichere kann nach objektivem Ermessen niemals kommen. Im Gegenteil! Im Weiden dieser Kolonialpolitik liegt es wie eine Notwendigkeit, daß ihr Unheil wächst, bis sie unter der elementaren Wucht desselben zusammenbricht.

Schreibstisch aus befördern kann, indem man durch ein Gittergitter oder durch einen Teil des Gittergitters hindurch, ist es ganz gleichgültig, in welchem Stodwerk sich das Bureau befindet — zumal man auch das 16. Stodwerk mit dem finken Elevator schneller erreichen kann, als bei uns das dritte Stodwerk auf dem Wege der Treppe.

Das Jungallgebäude ist nach dem System Ronsome hergestellt, bei dem der Beton durch Stäbe und Bänder aus schraubenförmig gedrehtem Stahl verstärkt wird. Die Konstruktion ist kontinuierlich ausgeführt, d. h. die Stahlgliederung erleidet weder in horizontaler noch in vertikaler Richtung eine Unterbrechung; es ist alles in sich geschlossen. Der Aufbau ging in sehr schneller Weise vor sich; jedes Stodwerk erforderte nur zwölf Tage. Die ganze übrige Bauzeit entfiel auf die Fundierung, die Ausführung der Kellergrube sowie den inneren Ausbau, die Verbindung des Gebäudes usw.

Die Spannweiten der Betonträger sind sehr bedeutend, obwohl sie jetzt nicht selten überschritten werden. Die Säulen, die die Last der Träger aufnehmen, sind 4,80 bis 10 m voneinander entfernt. Im Untergeschoß weisen diese Tragpfeiler eine Stärke von 85 zu 95 cm auf, während sie nach oben hin an Stärke abnehmen und im Dachgeschoß nur noch einen Durchmesser von 80 cm besitzen. In jedem Pfeiler liegen je nach seiner Größe, 4 bis 8 vertikale Rundstäbe von 6 bis 9 cm Durchmesser, die mit gutgehenden Bodenplatten am Fuße der Säulen verbunden sind. Außerdem erhält jeder Pfeiler, der ganz riesige Lasten aufnehmen kann, 4 bis 10 gedrehte Stahlglieder, die durch Bügel in den rechten Ausrichtungen voneinander gehalten werden. Diese Bügel sind meist durchaus erforderlich, da sonst beim Einfließen des Betons nachteilige Verschiebungen vorkommen würden.

Die Hauptträger des ersten Stodwerks besitzen eine Höhe von 90 cm, die des zweiten Stodwerks sind 85 und die aller höheren Geschosse 80 cm hoch, während die Stärke durchweg 60 cm beträgt. Diese Träger sind monolithisch mit den Mauern, Pfeilern und Decken verbunden, d. h. die Umkleidung mit Beton ist gleichsam in einem Gusse erfolgt, so daß weder zwischen der Decke und dem Träger, noch zwischen diesem und der Säule bzw. der Wand eine Fuge entsteht. Die Enden der Horizontalstäbe reichen in die vertikalen Verstärkungsglieder der Pfeiler hinein, und die Verbindungsstellen an den Säulen sind nach

## Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1905.

Einem Artikel des Genossen L. Braun in dem „Correspondenzblatt“ der Generalcommission entnehmen wir, daß die Gewerkschaften Deutschlands im Jahre 1905 nicht weniger als 2323 Streiks und Aussperrungen zu führen hatten. In 1281 Fällen kämpften die Arbeiter um Erhaltung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen, befanden sich also in Angriffstellung, in 809 Fällen machte sich der Kampf zur Abwehr von Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erforderlich, und in 233 Fällen griffen die Unternehmer zu dem Mittel der Aussperrung, um entweder geplante Verschlechterungen durchzusetzen oder um die angehenden Arbeiter an der Durchführung ihrer Forderungen zu verhindern. An all diesen Kämpfen waren insgesamt 507 964, davon 473 039 männliche und 34 925 weibliche Personen beteiligt. Es standen sonach im Jahre 1905 mehr Arbeiter und Arbeiterinnen im Kampfe, als in den Jahren 1900 bis 1904 zusammen, obgleich auch in diesen vier Jahren teilweise recht umfangreiche Kämpfe stattgefunden haben. An Ausgaben verurachten die Streiks und Aussperrungen insgesamt M. 10 933 724, wovon nachweislich aus den Kassen der Zentralverbände M. 8 124 990 gezahlt wurden. Von familiären Kämpfen wurden 1219 — 53,5 pSt. mit vollem Erfolg, 554 — 23,5 pSt. mit teilweise Erfolg, 477 — 21,0 pSt. erfolglos beendet. Von 43 Streiks resp. Aussperrungen ist der Ausgang unbekannt und 50, wovon 13 Angriffstreiks, 27 Abwehrstreiks und 10 Aussperrungen, waren am 1. Januar 1906 noch nicht beendet. Der infolge Streiks und Aussperrungen eingetretene Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst konnte für 414 703 Streikende und Aussperrte ermittelt werden, und es betrug für diese der Verlust an Arbeitszeit zusammen 7 382 802 Tage, und der Verlust an Arbeitsverdienst beläuft sich auf M. 28 869 200, wovon allein auf die Aussperrungen M. 6 840 799 entfallen. Die Verluste an Arbeitszeit bzw. Arbeitsverdienst werden seit dem Jahre 1900 zu ermitteln gesucht. Die diesbezüglichen Feststellungen zeigten folgendes Ergebnis:

Jahr	Streikende für Streikende	Verlust an	
		Arbeitszeit Tage	Arbeitsverdienst M.
1900	62278	1223709	4412850
1901	88918	1194553	3997082
1902	48153	964317	3759350
1903	88964	2022232	7676487
1904	128700	2120154	7825368
1905	414703	7382802	28869200
Summa	781706	15487760	56539788

Mehr als die Hälfte von den 565 Millionen Mark entfällt auf das Jahr 1905. An diesen Zahlen läßt sich erkennen, welche riesige Ausdehnung die wirtschaftlichen Kämpfe in diesem Jahre gegenüber den Vorjahren angenommen haben. Welche Schlussfolgerungen das Unternehmertum und alle Gegner der um eine höhere Lebenshaltung kämpfenden Arbeiterkraft aus diesen Feststellungen ziehen, ist bekannt. Sie versuchen die Sache stets so hinzustellen, als handelte es sich hierbei um einen rein sachlichen Verlust für die Arbeiterklasse; um eine Einbuße, die die Arbeiterkraft durch Provozierung von Ausständen erleide, und daß deshalb jede Arbeitseinstellung schon aus volkswirtschaftlichen Gründen zu bekämpfen sei. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß diese Opfer die die Streikenden sich auferlegen, in gar keinem Verhältnis stehen zu den Verlusten, welche ihnen infolge unserer verkehrten Wirtschaftsordnung durch Arbeitslosigkeit zugefügt werden. Und wenn diese Einbuße an Arbeitsverdienst während des Kampfes von den Arbeitern getragen werden muß, für die arbeitende Klasse bedeutet sie keinen Verlust. Die Opfer, die von streikenden Arbeitern gebracht werden, kommen der Gesamtheit der Arbeiterklasse zu gute, weil jede Stunde Arbeitszeitverkürzung und jeder Lohnsenkung die durch einen Streik erreicht wird, zur Hebung der Lebenslage der arbeitenden Klasse beiträgt.

## Das größte Geschäftsgebäude aus Beton.

Von Fred Good. (Nachdruck verboten.)

Der Betonbau wird in Amerika, wie ich dies bei meiner kürzlichen Reise durch die südlichen Staaten feststellen konnte, für den Hochbau in weit umfassenderer Weise angewandt, als in Deutschland, obwohl die Amerikaner ebenfalls in dieser Hinsicht erst bei unseren Theoretikern in die Schule gehen mußten. Während bei uns der Betonbau hauptsächlich für innere tragende Konstruktionen, also für Dächer, Pfeiler usw., Anwendung findet, sind in Amerika große Geschäftsgebäude, die vollständig aus Beton errichtet werden, gar nichts Neues — abgesehen von Spielgeräten, Fabrikgebäuden usw. Ich wähle nicht, daß man auch in Deutschland die Fronten von Wohn- und Geschäftsgebäuden aus Beton ausführt — wenigstens gehört das zu den größten Seltenheiten — während man sich dieser Vorweise in Amerika ebensowohl bei Errichtung schneider Landhäusern, wie bei ausgedehnten Bahnhofsgebäuden usw. bedient. Bei Errichtung der Geschäftsgebäude — ich meine der sogenannten Officegebäude, die in der Regel nur Bureau enthalten — hat man jedoch erst in den letzten Jahren ein gewisses Maß Aberkürzung; denn das bei den amerikanischen Skyscrapers (Wolkenkratzer) eingeführte System des Eisenbaus war nicht gleich zu überwinden. Aber auch hier ist schließlich der Betonbau durchgebrochen. Das höchste bisher in Beton ausgeführte Geschäftsgebäude der Welt, das Jungallgebäude in Cincinnati, darf daher ein besonderes Interesse beanspruchen. Dieses dem Verkehr und anderen geschäftlichen Zwecken dienende Gebäude wurde nach etwa einjähriger Bauzeit zu Anfang des Jahres 1904 vollendet. Es umfaßt zwei Kellergeschosse, 16 Stodwerke über Terrain und ein Dachgeschoß und erhebt sich bei einer Grundfläche von 15 zu 30 m im 64 m über Terrain. Die Bureaugeschosse weisen eine Höhe von etwa 8,80 m auf, während ein Telegraphen-Verkehrsbureau im 16. Stodwerk eine Höhe von 6,20 m besitzt. — Dieses im 16. Stodwerk liegende, namentlich für den Bank- und Börsenverkehr bestimmte Telegraphenbureau ist charakteristisch für amerikanische Verhältnisse. In Deutschland konnte man ein Telegraphenbureau nicht einmal in das dritte, geschweige denn in das 16. Stodwerk bringen; aber in Amerika, wo man ein Telegramm gemächlich von jedem

mittels gedrehter Stäbe verstärkt, die vom oberen Teil des Trägers nach unten bzw. vom Auflager des Trägers nach oben in den Schaft der Säule laufen.

Die Umfassungsmauern bestehen aus verdicktem Betonmauerwerk. Die Betonmauer besitzt (mit Ausschluß der Verstärkung) eine Stärke von 20 cm, während die an die Nachbargebäude anstoßenden Wände sogar nur 7,5 bis 10 cm stark sind. Dabei ist zu berücksichtigen, daß alle Hauptlasten auf die Pfeiler und durch diese auf die Fundamente übertragen sind, die auf einem guten Baugrund aus Kies und Sand ruhen. Die Verstärkung der äußeren Mauern kann auch ein gewisses Interesse beanspruchen; sie besteht bei den drei unteren Stodwerken aus 11 cm starken Marmorplatten, bei den oberen aus glasierten hellen Ziegeln mit Terrazzo-Einfassungen an den Fenstern. Die Ziegelverkleidung ist in jedem Stodwerk durch eine aus Beton gebildete Leiste und durch Drahtanker, die aus dem Beton vorstehen, gesichert. Die Marmorverkleidung und die Terrazzo-Einfassungen schwabenbewanderte Anzüge, die in den Wänden des Betons eingreifen und nach dem Schichten bestehen von diesem festgehalten werden. Die Schwabenbewanderte Verbindung ist ja aus den mannigfachen Holzkonstruktionen bekannt und wird jetzt auch häufig zur Verstärkung harter Körper in tragenden Wänden verwendet, z. B. zur Verstärkung von Glasfenstern an Wänden. — Auch die Anzüge sind in Betonflächen untergebracht; hier hydraulische Anzüge dienen den Personen- und Lastenverkehr, zwei vermittelten den Verkehr mit den unterirdischen Geschossen.

Die Verkleidung wurde schon während der Ausführung der Betonmauern ausgeführt, so daß man gleichzeitig auch zahlreiche Drahtanker zur Verbindung der Verkleidung mit der Konstruktion anwenden kann. Die Marmorverkleidung wurde mit einem Schraubenanker versehen, welcher gleichzeitig eine gute Kontrolle über die Einwirkungen des Betons bei fortwährender Verkleidung gibt. Es soll sich nach Vollendung des Bauwerks auch nicht die geringste Veränderung an dem Schraubenanker des Marmors gezeigt haben, woraus man nur auf ein vollständig gleichmäßiges, langsam fortschreitendes Senken der ganzen Last und auf eine richtige Verteilung auf die Tragkonstruktionen schließen kann.



Von den 11 149 Kämpfen in den 16 Jahren von 1890—1905 waren 7884 = 71,7 pSt. voll oder teilweise erfolgreich. Aus den Kämpfen der sich im Kampf befindenden Organisationen wurden von den Gesamtausgaben von A 40 658 199 in derselben Zeit A 30 358 713 = 74,8 pSt. der Gesamtkosten gezählt.

Während der letzten drei Jahre fanden die meisten Streiks und Ausperrungen im Baugewerbe statt. In den Jahren 1903 und 1904 hatte die Industriegruppe auch die höchste Zahl der Beteiligten aufzuweisen. 1905 kommt sie jedoch mit 79 055 Beteiligten erst an dritte Stelle, was daraus resultiert, daß an dem Streik der Bergarbeiter in Rheinland-Westfalen allein mehr als 215 000 Personen beteiligt waren, und in der Metallindustrie die Ausperrungen, wenn auch an Zahl geringer als im Baugewerbe, eine riesige Ausdehnung angenommen haben. Eine Zusammenfassung der Streiks und Ausperrungen und der Zahl der Beteiligten nach Industriegruppen ergibt folgendes Bild:

	1903		1904		1905	
	Streiks und Ausp.	Beteiligte	Streiks und Ausp.	Beteiligte	Streiks und Ausp.	Beteiligte
Baugewerbe	604	43608	644	61391	854	79055
Metallindustrie	199	32759	231	19798	295	86046
Holzindustrie	247	7587	419	22492	530	32605
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	53	1333	75	7638	99	7816
Textilindustrie	71	11880	60	3301	248	63892
Graph. Gewerbe	52	978	35	2635	60	2149
Sonstige Berufe	152	22787	161	18702	287	236901

Im Baugewerbe betrafen die Ausperrungen im Jahre 1905 wie folgt auf die einzelnen Branchen:

Baugewerbe	Streiks und Ausperrungen	Beteiligte Personen	Ausgabe	Erfolgreiche Streiks	Anzahl	pSt.
Architekten*	1	205	578	—	—	—
Bauhilfsarbeiter*	80	15680	831147	55	68,8	—
Dachdecker*	19	701	21801	11	57,9	—
Glaser*	27	869	15675	16	59,2	—
Maler*	49	10374	236696	21	42,9	—
Maurer*	412	34623	989688	181	43,9	—
Steinarbeiter	38	2827	101718	23	60,5	—
Steinleger*	24	901	19859	18	75,0	—
Stuckateure	19	2807	65805	10	52,6	—
Töpfer*	25	852	19242	17	68,0	—
Zimmerer*	153	8722	246490	101	66,0	—
Nicht beend.	7	814	36252	—	—	—
<b>Summa</b>	<b>854</b>	<b>79055</b>	<b>2190153</b>	<b>453</b>	<b>53,0</b>	<b>—</b>

In den Fällen, wo mehrere Organisationen an einem Streik oder einer Ausperrung beteiligt waren, ist der Streik bzw. die Ausperrung nur einmal und zwar in der Regel für die Organisation gezählt, die, soweit sich dies feststellen ließ, am meisten bei dem Kampfe interessiert war. Bei den Organisationen, die an einer größeren Zahl von Kämpfen beteiligt waren, als hier verzeichnet sind, ist dies durch die Nummerung (\*) angedeutet.

An den 1261 Angriffstreiks, die 1905 zu verzeichnen sind, waren 50 Organisationen mit zusammen 319 197 männlichen und 14 041 weiblichen Streikenden beteiligt. Um Verfürgung der Arbeitszeit wurden 38 Streiks mit 8791 Beteiligten geführt. Von diesen hatten 14 Streiks mit 767 Beteiligten vollen und 12 Streiks mit 2499 Beteiligten teilweisen Erfolg. Wegen Lohnherabsetzung wurden 580 Streiks mit 48 572 Beteiligten geführt, von denen 341 Streiks und 22 566 Beteiligten vollen und 117 Streiks mit 16 748 Beteiligten teilweisen Erfolg hatten. 543 Streiks mit 276 877 Beteiligten fanden statt zwecks Verfürgung der Arbeitszeit und gleichzeitiger Lohnherabsetzung. Hieron endeten 306 Streiks mit

22 693 Beteiligten mit vollem und 152 Streiks mit 28 409 Beteiligten mit teilweisem Erfolg. Insgesamt hatten 722 = 67,9 pSt. der Angriffstreiks vollen Erfolg und 807 = 24,6 pSt. teilweisen Erfolg aufzuweisen. 207 Angriffstreiks waren erfolglos, von 12 ist das Resultat unbekannt und 13 waren am 1. Januar 1906 noch nicht beendet. Von den Beteiligten hatten 47 473 = 14,2 pSt. vollen und 48 381 = 14,5 pSt. teilweisen Erfolg. Der Erfolg verliefte sich nach dem Ergebnis der Vergarbeitszeit, an dem allein über 915 000 Personen beteiligt waren, beinahe das Gesamtergebnis sehr erheblich. Betrachten wir diesen Streik als eine Ausnahme und legen der Prozentberechnung nur die Zahl der an den übrigen 1260 Angriffstreiks Beteiligten zu Grunde, dann können wir für 40,2 pSt. vollen und für 41 pSt. teilweisen Erfolg konstatieren. Die Gesamtkosten der Angriffstreiks betrugen A 5 866 622. Der Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst ist für 250 878 Streikende ermittelt. Auf männliche Streikende entfielen A 488 401 und auf weibliche Streikende 283 532 verlorene Arbeits-tage. Der Verlust an Arbeitsverdienst beträgt A 20 862 304. Seit dem Jahre 1900 wurden insgesamt 3844 Angriffstreiks geführt, und zwar um Lohnherabsetzung 1879, um Verfürgung der Arbeitszeit nebst Lohnherabsetzung 1463, nur um Verfürgung der Arbeitszeit 95. Den übrigen 407 Streiks lagen andere Forderungen resp. Ursachen zu Grunde.

Zur Zurückweisung der von den Unternehmern verlangten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen fanden 809 Streiks statt, an denen insgesamt 30 679 Personen, 28 494 männliche und 2185 weibliche, sich beteiligten. Erfolgreich endeten 445 = 55,9 pSt. dieser Streiks und zwar kamen hierbei 18 711 = 61 pSt. aller Beteiligten in Frage. Teilweisen Erfolg hatten 102 = 13,1 pSt. der Streiks mit 5481 = 17,8 pSt. der Beteiligten. 213 Abwehrstreiks verliefen erfolglos, von 22 ist das Resultat unbekannt und 27 waren am Schluß des Jahres noch nicht beendet. Die Gesamtausgabe beträgt A 871 499. Der für 28 504 Streikende fest-gestellte Verlust an Arbeitszeit betrug auf 844 423 Tage für männliche und 51 190 Tage für weibliche Streikende. Für diese Streikenden beträgt der Verlust an Arbeitsverdienst A 1 368 097.

Die Abwehr richtete sich in 14 Fällen gegen den von den Unternehmern verlangten Austritt aus der Organisation. Hierbei kamen 708 Beteiligte in Betracht, von denen in zwei Fällen insgesamt 242 Erfolg hatten. Wegen Wahrgelung streikten 4373 Personen in 150 Fällen, von denen 61 Streiks für insgesamt 1757 Personen mit vollem und 20 Streiks für 762 Personen mit teilweisem Erfolg beendet wurden. Um Lohnherabsetzungen zu verhindern, wurde in 296 Fällen von zusammen 11 141 Personen die Arbeit eingestellt. 170 Fälle mit 6473 Beteiligten waren erfolgreich und 52 Fälle mit 3208 Beteiligten hatten nur teilweisen Erfolg. Eine Verlängerung der Arbeitszeit mußte in 31 Fällen abgewehrt werden, was in 18 Fällen vollkommen und in einem Fall nur zum Teil gelang. Die Nichterhaltung der allgemeinen höchsten Lohn- und Arbeitsbedingungen erforderte 103 Arbeitseinstellungen, an denen insgesamt 3386 Personen sich beteiligten. Von diesen Streiks verliefen 67 mit 2249 Beteiligten erfolgreich und 8 Streiks mit 472 Beteiligten teilweise erfolgreich. Wegen der Einführung einer Fabrikordnung, wegen schlechter Behandlung der Arbeiter und aus verschiedenen sonstigen Ursachen wachten sich insgesamt 215 Arbeitseinstellungen notwendig, von denen 127 mit Erfolg und 19 mit teilweisem Erfolg beendet wurden. Von den bei Aufhebung des Jahres 1900 bis Ende 1905 erfolgten 3242 Abwehrstreiks wurden 1688 (49,9 pSt.) mit vollem und 446 (13,7 pSt.) mit teilweisem Erfolg beendet. Für die Streikenden, deren Zahl 128 733 beträgt, ist das Resultat nicht ungünstig, da für 64 pSt. Erfolg zu verzeichnen ist.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus nimmt immer schärfere Formen an. Während die Arbeiter sich zu immer weiteren Kolonnen zusammenschließen, sucht das feindliche Unternehmertum nach Mitteln, die geeignet erscheinen, jeden Angriff der Arbeitermassen zurückzuweisen. Das bedeutet und bisher für die Unternehmern erfolgreiche Mittel dieser Art ist die Ausperrung, und sie wird mit stets sich steigender

Machtlosigkeit und in fruchtloser Weise zur Anwendung gebracht. Diese Ausperrungsstatistik haben die Arbeiter schon zu beobachten, weil ihnen in der Tat damit recht empfindliche Wunden schlagen werden können. Ein Bild auf die folgende kleine Zusammenstellung zeigt, welche ungeheuren finanziellen Opfer den Arbeitern durch Ausperrungen auferlegt wurden. Von 1900—1905 fanden insgesamt 684 Ausperrungen statt, von denen 251 093 Arbeiter betroffen wurden. Das Jahr 1905 allein weist 253 Ausperrungen auf mit zusammen 144 047 Beteiligten. Es wurden also 1905 rund 3700 Arbeiter mehr ausgesperrt als in den fünf vorhergehenden Jahren zusammen. A 9 054 790 Kosten haben den Arbeitern die Ausperrungen der letzten sechs Jahre verursacht, von denen auf das Jahr 1905 allein A 4 193 250 entfielen.

Ganz besonders zu beachten ist die Taktik der Unternehmer, nicht nur dann mit Ausperrungen vorzugehen, wenn die Arbeiter zur Arbeitseinstellung schreiten, um ihren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen, sondern daß schon bei ausbrechenden Differenzen, ohne daß es zur Arbeitseinstellung seitens der Arbeiter kommt, von den Unternehmern die Ausperrung herbeigeführt wird. Von den 253 Ausperrungen des Jahres 1905 waren nur 33 die Folge eines Angriffstreiks. In drei Fällen war die Ursache zur Ausperrung ein Abwehrstreik. Bei 112 Ausperrungen bildeten lediglich Differenzen wegen Lohnhöhe bzw. Arbeitszeit die Ursache. In 56 Fällen verurteilten die Unternehmer, den Austritt der Arbeiter aus der Organisation durch Ausperrung zu erzwingen. Außerdem fanden sechs Mal ausperrungen statt und in 43 Fällen lagen sonstige Ursachen der Ausperrung zu Grunde. An den 83 in Folge eines Angriffstreiks verhängten Ausperrungen waren 73 207 Personen beteiligt. Für die Arbeiter endete in drei Fällen mit 8554 Beteiligten die Ausperrung erfolgreich, und in 13 Fällen mit 26 197 Beteiligten teilweise erfolgreich. Von 4628 in Folge eines Abwehrstreiks ausgesperrten hatten 3551 vollen und 250 teilweisen Erfolg. Der verlangte Austritt aus der Organisation wurde in vier Fällen, erfolgreich abgewehrt, in 40 Fällen gelang dies nur zum Teil. An den 412 wegen Differenzen bezüglich Lohnhöhe oder Arbeitszeit verhängten Ausperrungen, waren 56 202 Arbeiter beteiligt. Für 7409 endeten die Ausperrungen erfolgreich und 18 307 hatten teilweisen Erfolg aufzuweisen. Es wurde in 12 Fällen vollen, in 68 Fällen teilweisen und in 28 Fällen kein Erfolg erzielt. Von den aus sonstigen Ursachen verhängten 48 Ausperrungen waren 25 für die Arbeiter erfolgreich und vier teilweise erfolgreich. Vollen Erfolg hatten 5878 und teilweisen Erfolg 456 Ausgesperrte. Von sämtlichen Ausperrungen des Jahres 1905 verliefen 21,4 pSt. erfolgreich, 51,4 pSt. hatten teilweisen und 23,5 pSt. keinen Erfolg für die Arbeiter. Für die erfolgreich beendeten Ausperrungen kommen 28 046 = 18,1 pSt. aller Ausgesperrten und für die teilweise erfolgreich beendeten Ausperrungen 48 262 = 32,1 pSt. sämtlicher Ausgesperrten in Betracht. Während von den Streiks mehr als die Hälfte (57,9 pSt. der Angriffs- und 66,9 pSt. der Abwehrstreiks) mit vollem Erfolg durchgeführt werden konnten, verliefen die Ausperrungen weit ungünstiger für die Arbeiter, indem nur 21,4 pSt. vollen Erfolg aufzuweisen hatten. Wenn die Unternehmer zur Ausperrung schreiten, befinden sie sich in der Regel von vornherein in einer günstigen Situation.

Betrachten wir uns die Zahlen der in den Jahren von 1890 bis 1905 ohne Erfolg beendeten Kämpfe, so schließt das Jahr 1905 glücklicher ab, als je ein Jahr vorher. In den Jahren 1890 bis 1899 verliefen 25,2 pSt. aller Streiks und Ausperrungen erfolglos. 1900 waren es 25,5 pSt., dann 32,6 pSt., 36,9 pSt., 28,5 pSt., 22,1 pSt. und 1905 nur 21,0 pSt. Wir haben also gar keine Ursache, pessimistisch zu sein; aber es darf nicht außer Achtung gelassen werden, daß bei so umfangreichen Kämpfen, wie im Jahre 1905, die einzelnen im Kampfe stehenden Organisationen nicht immer in der Lage sind, die zur Führung des Kampfes erforderlichen Mittel selbst aufzubringen. Während 1904 95,4 pSt., 1903 88,8 pSt. und 1902 91,2 pSt. der Gesamtausgaben aus den Mitteln der im Kampfe sich befindenden Organisationen gedeckt wurden, sind 1905 nur 74,3 pSt. der Gesamtausgaben aus den Kassen der kämpfenden Organisationen aufgebracht worden. Es ist ferner zu erwägen, daß bei Ausperrungen viel mehr als dies bei Streiks der Fall ist, mehrere Organisationen zu gleicher Zeit in einen Kampf verwickelt und dadurch finanziell geschwächt werden.

So umfangreich die Kämpfe des Jahres 1905 sich auch gestalteten, sie sind gewissermaßen doch nur als Vorproben eines seiner Entwicklung entgegengehenden großen, schweren Kampfes zu betrachten, eines Kampfes, in dem das um wirtschaftliche Befreiung und um seine Freiheit kämpfende Proletariat noch gewaltige Opfer zu bringen bereit sein muß, wenn es sich endlich das Joch des Kapitalismus vom Halse schütteln will. Und für diesen Entscheidungskampf haben wir uns, haben sich unsere Organisationen vorzubereiten. Einmal ist sicher. Die gewerkschaftlichen Organisationen werden immer mehr als berufene Vertretungsorgane der Arbeiter von den Unternehmern anerkannt. Das wird dadurch bewiesen, daß 1905 in 1682 Fällen die Kämpfe durch Vergleich beigelegt wurden, davon nur 819 durch Verhandlungen der einzelnen Unternehmer mit ihren Arbeitern, also unter Ausschaltung der Organisation, während in allen übrigen Fällen die Unterhandlungen von Vertretern der Organisation geführt worden sind. Dieser Einfluß der Gewerkschaften wird sich um so mehr geltend machen, je härter die einzelnen Organisationen werden und je mehr die Solidarität der Arbeiterklasse im Kampfe zum Ausdruck kommt. Die imponierende Größe der Organisation liegt aber darin, daß ihre Mitglieder dauernd derselben angehören, um dort geschult und für den Kampf vorbereitet werden zu können. Auf die Elemente, die erst bei Beginn eines Kampfes der Organisation beitreten, ist nicht zu bauen. An Disziplin nicht gewöhnt, von der Notwendigkeit des Kampfes nicht genügend durchdrungen, lassen sie sich oft mit durch nichts verbürgten Versprechungen der Unternehmer fähren und werden oft fahrlässig gerade dann, wenn treues Zusammenhalten am nötigsten ist. Nun gewährt uns aber die Statistik in dieser Beziehung ein beruhigendes Bild. Von 265 273 in die Streiklisten Eingetragenen waren bei Beginn des Kampfes 255 301 und sechs Monate vor Beginn des Kampfes nur 188 900 organisiert. Hier zeigt sich, welche umfangreiche Organisationsarbeit noch zu verrichten ist, bis die Gewerkschaften die erforderliche Aktionsfähigkeit erreicht haben. Es gilt, alle reaktionären Pläne der Schornmacher und der Regierung zu durchkreuzen, es gilt, alles aus dem Wege zu räumen, was geeignet ist, die Entwicklung der Gewerkschaften zu hindern. Es

## Das Kanaltunnelprojekt.

Schon vor mehr als hundert Jahren, im Jahre 1802, tauchte zum ersten Male das Projekt einer Untertunnelung des Vermeerskanals zwischen Frankreich und England auf. Während der Friedensverhandlungen zu Amiens unterbreitete der französische Ingenieur Mathieu dem General Vonoaparte und dem englischen Minister Fox seine diesbezüglichen Pläne, welche den Beifall der beiden Machthaber fanden und Fox zu dem Anspruch begeisterten, daß diese eine Verbindung Englands und Frankreichs die Welt beherrschen würde. Die bald wieder einsetzenden Kriege verzögerten das Projekt endgültig zum Scheitern, und erst ein halbes Jahrhundert später, im Jahre 1866, legte der Ingenieur Thomé de Gamond Napoleon III. neue Pläne vor, die einen vollständig geraden Tunnel an der engsten Stelle des Kanals zwischen Kap Gris-Nez und der Felsenküste zwischen Dover und Folkestone betrafen. Der Tunnel sollte ganz durch festigen (Kalk-)Grund geführt werden, so daß zwischen Tunneldecke und Meeressboden noch eine Felschicht von 22 m Dicke verbliebe. Schon damals mögen über Bedenken aufgetaucht sein wegen der Möglichkeit eines fruchtlosen Überlaufes durch den Tunnel, denn Thomés Plan ließ schon besondere Einrichtungen vor, mit deren Hilfe der ganze Tunnel in kurzer Zeit unter Wasser gesetzt werden konnte. Die Kosten des Unternehmens berechnete Thomé auf 170 Millionen Franken. Der italienische Krieg und andere politische Unternehmungen hinderten das französische Kaiserreich, die Ausführung des Planes näher zu treten. Das Projekt wurde aber 1889 von englischer Seite wieder aufgenommen; Sir John Hawkshaw und der Ingenieur Brunelles hinderten insbesondere die geologischen Verhältnisse und nahmen auch vereinzelte Bohrungen vor. Der deutsch-französische Krieg unterbrach zwar die Arbeiten, doch wurden die gleich nach Beendigung desselben wieder aufgenommen. 1873 führte Sir J. Brunelles vor der Institution of Civil Engineers in London aus, daß auf den kürzeren Strecken die geologischen Verhältnisse dem Unternehmen wenig günstig seien und man daher gezwungen sein würde, eine weiter westlich gelegene Trasse zu wählen, deren große Länge wieder erhebliche Schwierigkeiten bedingen würde. Er zog dabei wenig günstigen Urteils von englischer Seite bildete sich im gleichen Jahre, 1873, in Frankreich eine Studiengesellschaft, welche in den Jahren bis

1876 sehr ausgedehnte, gründliche Untersuchungen der in Betracht kommenden Meerestrecken vornahm und auf Grund dieser Untersuchungen mit den Vorbereitungen zum Bau von beiden Seiten zugleich begann, nachdem das französische Parlament 1876 dem Plan zugestimmt hatte. Auf der französischen Seite wurde bei Sangatte (5 km östlich von Calais) mit dem Bau eines Schachtes begonnen, von dem aus eine Versuchsstrecke von 800 m Länge vorgetrieben werden sollte. In England hatte man, in der Nähe von Dover, auch schon mit den Vorbereitungen begonnen, als 1876 und noch einmal 1879 das englische Parlament, trotz der Unterthaltung Gladiatoren, dem Unternehmen seine Genehmigung verweigerte. Die Vorteile einer Unter-verbinding zwischen Frankreich und England sprangen aber doch Jahr zu Jahr mit dem stets wachsenden Verkehr mehr und mehr in die Augen. An Stelle der langen Seefahrt mit ihren vielen Unbequemlichkeiten würde eine bequeme Bahnfahrt von etwa 3 Stunden Dauer (der Tunnel würde etwa 50 km lang werden) treten, so daß man, von Paris Morgens 8 Uhr abfahrend, gegen 1 Uhr Mittags in London sein könnte und bei der Abreise von dort gegen 7 Uhr Abends noch vor Mitternacht Paris wieder erreichen würde. Welche Vorteile solch rasche Verbindung für den Handel beider Länder haben würde, ist ohne weiteres verständlich, und so kam es nicht wundernehmen, daß sich bei dem jetzigen guten Einverständnis zwischen den beiden Nationen in Frankreich die Stimmen mehrten (besonders die französische Nordbahn beschäftigt sich eingehend mit dem Tunnelplan), welche eine Wiederaufnahme der Tunnelprojekte befürworteten, die schon deshalb jetzt bessere Aussicht auf Verwirklichung haben, weil die bedeutenden Fortschritte des Tunnelbaues in den letzten Jahrzehnten und die genaue Kenntnis aller in Betracht kommenden geologischen Verhältnisse (man betrachtet das Durchbohren der Kalkfelsen als eine verhältnismäßig nicht schwierige Sache) ein Misslingen der Arbeiten von vornherein auszuschließen scheinen. Auf englischer Seite scheint man in militärischer Beziehung auch weit weniger bedenklich als früher, da man die für kriegerische Unternehmungen recht geringe Leistungsfähigkeit des Tunnels und seine leichte Zerschöbarkeit erkannt hat. Es scheint daher möglich, daß das englische Parlament bald wieder mit der Frage beschäftigt wird.

(„Prometheus“)







**Eine neue Solidaritäts-Aktion der Arbeiter.** Die Vorstände des Verbandes der Vergarbeiter Deutschlands, des Gewerksvereins christlicher Vergarbeiter, des Gewerksvereins der Vergarbeiter Deutschlands (H. Dunder), der polnischen Berufsvereinigungen und des Vereins zur gegenseitigen Hilfe (Guthen, O. Sch.) haben abernachst gemeinsam eine Eingabe an den Reichstag gerichtet. Sie begehrt den Erlass reichsgerichtlicher Verfügungen gegen das ungerechte Arbeiter-Sperrensystem und das Ueberfächten von Arbeitsstellen in den deutschen Bergwerken. Es wird ausgeführt:

Die Sperrensysteme des Unternehmertums beschränken die Freiheit der Arbeiter und verstoßen gegen die guten Sitten. Die Vergarbeiter sind durch solche Sperren nicht nur materiell geschädigt, weil sie, wenn sie die Arbeitsstelle und den Wohnort wechseln wollen, oft monatelang arbeitslos umherschweifen, sondern sie sind auch rechtlich geschädigt. Sie können sich auf selbst den schlechtesten Lohn- und Arbeitsverhältnissen nicht entziehen, weil sie eben durch diese gezwungen sind, die Arbeitsstellen der Vergarbeiter zu wechseln, sich besserer Lohnarbeit auf einem anderen Bergwerke oder an anderen Ortschaften zu suchen.

Ja, selbst bei Ablegungen seitens der Bergverwaltungen sind die Arbeiter nicht in der Lage, andere Arbeit im Revier zu finden, weil ihnen durch solche Sperre die Bergverwaltungen alle Arbeitsstellen trotz wirtschaftlicher Friedensverträge verweigern und sie nicht nur keine Vergütung, sondern auch keine Arbeit in den Nebenbetrieben erhalten. Denn über den freiwillig sowie auch den gezwungenen Wechsel der Arbeitsstelle wechseln Arbeiter im Bergbau ist die Sperre insofern verhängt, daß er, trotz wirtschaftlicher Friedensverträge zwischen Kapital und Arbeit, entweder im ganzen Revier oder mindestens auf Nachbargebirgen eines bestimmten Umkreises keine oder nur nach Wochen- und monatelangen Reisen Arbeit findet.

Mit Recht fordern die Bergleute, daß dieses Verfahren gesetzlich verboten und unter Strafe gestellt wird.

Die Motivierung der weiteren Forderung gesetzlicher Verbindung des der Gesundheit der Arbeiter ruinierenden Ueberfächten von Arbeitsstellen geht dahin:

Nicht nur in den Bergrevieren mit arbeitsfähiger Bevölkerung, sondern auch in den Bergrevieren, die durch indirekten Zwang seitens der Bergverwaltungen, eine Ueberfächlung von Arbeitsstellen verweigern, sondern sogar in den Bergrevieren, wo noch jetzt, oft und großflächig Schichtarbeit herrscht, ist dies der Fall.

Es ist eine Seltenheit, daß auf benachteiligten Schichten monatlich 30 bis 40 Schichten gegen 30 bis 40 von vielen Arbeitern verfahren werden, so es fast sogar schon bis 48 Schichten von einzelnen Arbeitern verfahren worden.

Unter solchen Umständen hat dann eine in der Arbeitsordnung festgesetzte Schichtzeit nicht den geringsten Wert, wenn sowohl Schichten wie nur möglich verfahren und erzwingen werden können. Die immer höher steigenden Kräfte- und Unfallzahlen, sowie das immer weiter herabfallende Alter der in den Zinnbetrieben eintretenden Arbeiter der Knappschichtklassen beweisen zur Genüge, daß die Ueberanstrengung in dem schweren Beruf die Ursache ist.

So stiegen die Krankenzahlen in den letzten Jahren wie folgt: Im Jahre 1900 und 1902 betrug die Erkrankungsfälle pro Mitglied und Jahr 0,5, im Jahre 1904 0,8, stiegen also in zwei Jahren um 20 pSt., die Krankheitsfälle pro Mitglied und Jahr im Jahre 1900: 8,2, im Jahre 1902: 8,8, hingegen im Jahre 1904: 9,6, das ist eine Steigerung um 17 pSt.

Die entfähigungspflichtigen Unfälle betragen laut Bericht der Knappschicht-Berufsgenossenschaft im Jahre 1900: 12,19, im Jahre 1902 aber 13,65 und im Jahre 1905: 15,55 pro Tausend. Die angemeldeten Unfälle stiegen auf 1000 Verfallerte von 103,48 im Jahre 1900 auf 126,46 im Jahre 1905.

Das Alter der in deutschen Knappschichtklassen in den Zinnbetrieben tretenden Vergarbeiter fiel wie folgt: Im Jahre 1892 betrug das Durchschnittsalter beim Eintritt der Anstellung 50 Jahre, im Jahre 1900 fiel es auf 48,9, im Jahre 1903 aber ging es schon auf 46,6 Jahre herunter. Bei dem Vorkamer Knappschichtverein betrug es im Jahre 1904 42,9 Jahre und 1905 43 Jahre.

Das ist erschreckend und für die deutsche Sozialpolitik besorgniserregend. Sie beweisen nicht nur, daß die Arbeitszeit zu lang, sondern erst recht, daß die Schinderei durch das Verfahren von Ueberfächten geradezu mörderisch wirkt.

Es ist — heißt es schließlich — höchste Zeit, daß die Gesetzgebung eingreift, denn in fast allen deutschen Bergrevieren werden die Arbeiter durch Druck von oben, verführt durch die Freiheitsberaubung besagter Sperre, zum Verfahren von Ueberfächten gezwungen. Und so weit es freiwillig geschieht, muß auch dem selbstmörderischen Treiben ein Riegel durch Gesetz vorgeschoben werden.

Gesetzlich gelangt diese Eingabe durch Antrag der Petitionskommission oder durch Berücksichtigung seitens sozialdemokratischer Redner bei den demnächstigen mit der Sozialberatung verbundenen sozialpolitischen Debatten zu einer Besprechung im Plenum.

**Staatsprämien für Lehrlinge.** Während in manchen Gewerben eine verwerfliche Lehrlingszucht herrscht, die zu den schlimmsten Uebelständen, zur Ueberfüllung des Gewerbes mit Arbeitern und rücksichtsloser Lohnrückzahlung führt, gibt es andererseits Berufe, die an Lehrlingsmangel leiden. Dießem Mangel abzuheben, glaubt die Regierung im Königreich Sachsen ein Mittel entdeckt zu haben. Die Darmschneidfabriken im westlichen Vogtland mangelte es schon seit mehreren Jahren an handwerklich gebildeten Lehrlingen. Daraufhin hat die Staatsregierung, wie der Gewerbeaufsichtsbeamte schreibt, Prämien von M. 150 ausgeschrieben, die den jungen Leuten ausbezahlt werden, die sich zu einer dreijährigen Lehrzeit in der Darmschneidfabrik verpflichten. In größerem Umfange angewendet, könnte diese Maßregel dahin führen, den Lehrlingsmangel einzuschränken. Wohlweisend aus den armsten Kreisen der Bevölkerung, aus denen schon die tüchtigsten

Leute hervorgegangen sind, würden wohl bei Zulassung einer solchen Prämie zahlreiche junge Leute in eine Lehre überreten.

So meint die sächsische Regierung. Aber sie wird erfahren, ob sie sich täuscht. Mit derartigen Maßnahmen beseitigt man den Lehrlingsmangel nicht.

**Die Minister als Scharfmacher gegen die Arbeiterorganisation.** In der Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses erklärte der Arbeitsminister Duranyi, nachdem er hervorgehoben, daß in landwirtschaftlichen Kreisen die Verwirklichung eines Arbeiteraustausches während der Ernte herrsche, folgendes:

Arbeiter und Arbeitgeber genießen gleiche Rechte; es werde jedoch nötig sein, Maßregeln gegen die systematische Agitation unter den Erntearbeitern zu ergreifen und wirksame Vorkehrungen zum Schutze der Arbeitwilligen zu treffen. Falls die Arbeitervereine ihren Mitgliedern obligatorisch die Bedingungen für den Arbeitsvertrag vorgeben, könnten sie aufgelöst werden. Der Minister erklärte ferner, er werde eine Arbeitervereine organisieren, die im Falle eines Ausstandes zur Verfügung stehen würde; es würden dies aber weder Kulis noch andere Ausländer sein. Denjenigen Landwirten, gegen die die Arbeiter im letzten Augenblick konstatierbar würden, sollten Entschädigungen zugesichert werden. Der Minister wies sodann darauf hin, daß dies jedoch nur Ausnahmsmittel wären. Die Arbeitgeber müßten durch gerechtes und menschenfreundliches Vorgehen mit Unterstützung jedes Großen sich die Arbeitswilligkeit ihrer Leute sichern.

Wenn der Minister es bei dieser Mahnung an die Grundbesitzer hätte bewenden lassen, hätte vorher die Arbeiterorganisation zu bedrohen, würde er vernünftiger und gerechter gehandelt haben.

## Maurerbebewegung.

**Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.**

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

### Deutschland:

#### Maurer:

##### Schleswig-Holstein:

Lunden (Sperre über die Unternehmer Schröder, Kurth und Petersen in Krenpel);

##### Mecklenburg:

Silze (Sperre über Holldorf), Laage (Sperre über Korf), Klitz (Aussperrung), Wismar (Sperre über Scharf), Rostock und Warnemünde (Differenzen);

##### Pommern:

Greifswald, Stralsund (Aussperrungen), Stettin (Sperre des Brückenbauers an der Parnitz), Podelsch (Sperren über Zementfabrik in Finkenwalde und Seidenfabrik in Sydowsaue);

##### Ost- und Westpreussen:

Konitz (Aussperrung);

##### Provinz Sachsen und Anhalt:

Naumburg (Sperre über E. Müller), Dessau (Sperre über Lüdcke);

##### Königreich Sachsen:

Leipzig für Maurer sind gesperrt die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, Schmitt, Reke der Bayrischen und Hardenbergstrasse, Hessel, Gohlis, Lothringer- und Parisstrasse, M. Steyskal und Seifert in Möckern, Sohrstrasse, Paul Richard Theilmann in Leipzig-Anger, Frankstrasse, Heine, Militzer, Störtebe, Schwarzsackerstrasse, für Rahlitzpüter die Gips- und Zementbaugesellschaft, Brendelstrasse, und Heinrich Walter in Leipzig-Lindenau, Rötha (Sperre über O. Bötcher), Oderwitz (Sperre über Krasing), Planen i. V. (Sperre über Mänel), Gasmütz (Sperre über den Neubau des Albert-Museums);

##### Braunschweig:

Braunschweig (Differenzen);

##### Westfalen:

Wanne (Sperre über den Zwischenunternehmer G. Siebert);

##### Rheinprovinz:

Barmen-Elberfeld (Sperre über Schmidt & Rietze), M. Gladbach (Differenzen bei den Betonarbeitern), Neviges (Sperre über Gerharts und Husemann);

##### Bayern:

Angsburg (Massregelungen).

### Oesterreich-Ungarn:

Teplitz (Streik);

Budapest (Aussperrung).

**Wie steht es mit den Sperren?** Wie aus dem Register ersichtlich ist, führen wir manche Sperren viele Monate hindurch im „Grundstein“, woraus wohl zu schließen ist, daß sie ihren Zweck verfehlen. Uns drängt sich recht oft die Vermutung auf, daß manche Sperren entweder nur noch auf dem Papier fortbestehen und daß sich um ihre wirksame Durchführung die Kollegen nicht recht kümmern, oder daß die Sperren auf andere Weise schon längst ihre Erledigung gefunden haben. Uns will bedünken, daß die Unternehmer die „Sperren“ nur wochen- und monatelanger Dauer in den meisten Fällen verhängen. Entweder sie brauchen überhaupt keine Maurer, oder sie haben genug. In beiden Fällen ist die Fortführung der Sperre sinnlos. Wir würden es sehr nützlich halten, wenn die Vereine des Sperrenregimes im „Grundstein“ dann und wann auch einmal von dieser Seite aus betrachteten.

**Gau Berlin.** Zu den Forderungen der Berliner Maurer, Zimmerer und Baugewerksarbeiter hat der Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten am 4. Dezember Stellung genommen. Der Vorsitzende der Abnehmerkommission, Maurermeister Heuer, referierte über die Forderungen der Arbeitererschaft und nahm einen ziemlich ablehnenden Standpunkt ein. Er argumentierte wie folgt: Die Arbeitsleistung, die in den übrigen Gewerben meist bis ins unbegrenzte ausgedehnt werden könne, fände im Baugewerbe sehr bald ihre natürlichen Grenzen. Die Arbeit könne einfach nicht mehr geleistet werden. Ferner würde das Arbeitsprodukt durch die geforderte Lohnerhöhung (von 75 auf 85 %) etwa um 13,33 pSt. und durch die Verkürzung der Arbeitszeit (von 9 auf 8 Stunden) um 12,2 pSt. zusammen um rund 25,5 pSt. verteuert werden. Diese Vertauung des Bauens hätte aber eine Steigerung der Mieten zur Folge, diese ein hinaufschrauben der Lebenshaltung, und schließlich wären neue Lohnforderungen das natürliche Resultat — also eine Schraube ohne Ende. ... Herrn Heuers Rechnung stimmt zwar nicht ganz, und er wird auch selbst nicht daran glauben, daß nach Vermittlung der Forderungen der Bauteile um 25 pSt. teurer würden. Auch im Baugewerbe ist die Entwicklung noch längst nicht abgeschlossen; durch Verbesserung der Betriebsbedingungen und rationellere Ausnutzung der Materialien kann noch manches erpart werden. Auch der Gewinn der Unternehmer (der Bodenbesitzer) und der Materialfabrikanten und -Händler wird sich um ein Erhebliches befehlen lassen, ohne daß diese Herren in die Schicht des Proletariats hinabsinken. Zudem ist es ja ein Märchen aus längst vergangenen Zeiten, daß die Verkürzung der Arbeitszeit unter allen Umständen gleich sei mit der Verringerung der Arbeitsleistung. Diese Erfahrung sollten doch auch die Berliner Baumeister gemacht haben. Mögen sie doch nur etwas zurückdenken in die Zeit, wo 10 oder gar 11 Stunden gearbeitet wurde; sie werden sicher finden, daß damals durchschnittlich pro Tag und Mann kein größeres Quantum Arbeit geleistet worden ist. Unbestreitbar ist, daß mit der Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung die Lebenshaltung „hinaufgeschraubt“ wird, das ist ja eben der Zweck der Forderung. Und die „Schraube“ wird natürlich — mit den durch die Verhältnisse bedingten Unterbrechungen — so lange angelegt werden, bis der richtige Ausgleich geschaffen ist.

Denselben ablehnenden Standpunkt nahmen die Herren Bachmann, Rahl, Wiebels, Fiedler und Reppien ein und Herr Heuer glaubte, um Schluss das Resultat der Diskussion dahin zusammenfassen zu können, daß ein Eingehen auf die Forderungen der Arbeitererschaft eine Unmöglichkeit sei. Trotzdem gab er der Hoffnung Ausdruck, daß es doch noch gelingen möge, eine Verständigung im Laufe weiterer Verhandlungen anzubahnen. Danach muß man doch wohl annehmen, daß ein Eingehen auf die Forderungen noch nicht ganz zu den „Unmöglichkeiten“ gehört, oder sollten die Herren Baumeister so glaubenstark sein, zu hoffen, daß die Bauarbeitererschaft inzwischen ebenfalls die „Unmöglichkeit“ ihrer Forderung einsieht. Eine solche „Möglichkeit“ gehört allerdings zu den „Unmöglichkeiten“. Schließlich nahm die Versammlung, die von etwa 700 Personen besucht gewesen sein soll, folgende Resolution an:

Die heute in den „Industrie-Gezeiten“ versammelte Arbeitererschaft des Maurer- und Zimmergewerbes nimmt Kenntnis von den Forderungen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter. Sie beauftragt den Verband der Baugeschäfte, in der Abnehmerkommission den Arbeitnehmern in weiteren Verhandlungen keinen Zweifel darüber zu lassen, daß die Durchführung ihrer Forderungen dem gesamten Baugewerbe und somit auch den Arbeitnehmern zum schweren Schaden gereichen würde, und daß insbesondere die Verkürzung der Arbeitszeit wegen der damit verbundenen Verlängerung der Bauzeit und mit Rücksicht auf die dem Baugewerbe eigentümlichen Verhältnisse unannehmbar ist. Die Versammlung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß im Hinblick auf die bisherige Stellung des Verbandes der Baugeschäfte auch diesmal, wie in früheren Jahren, eine Verständigung auf friedlichem Wege möglich sei.

Die Sperre in Wilmow bei Königsbrunn über die Bauten der Firma Kuhn ist aufgehoben, da zwischen K. und dem Vorstände unseres Zweigvereins eine Verständigung erfolgt ist. Desgleichen hat die Sperre über die Bahnhofsbauteil in Schönowalde bei Köthen (Firma Reumann in Gießen) ihre Erledigung dadurch gefunden, daß die Firma nunmehr den dort beschäftigten Maurern den im Lohngehalt üblichen und tariflichen Lohn zahlt.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

### Außerordentlicher Gewerkschaftskongreß.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat in Verbindung mit der Zentralvorstandskonferenz beschlossen, am 25. und 26. Januar 1907 einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß abzuhalten, um zu dem Gegenwurf, betreffend Rechtmäßigkeit der Berufsvereine, Stellung zu nehmen.

Da unser Verband verpflichtet ist, am Kongreß teilzunehmen, so nehmen wir im nachfolgenden pflichtgemäß Stellung zur Beschickung des Kongresses:

Die Delegierten zu dem Gewerkschaftskongresse wurden bisher auf den Verbandstagen gewählt. Das ist für den jetzt einberufenen Kongreß nicht möglich, indem der Kongreß früher als der nächste Verbandstag stattfindet. Es blieb uns daher weiter nichts übrig, wenn der Verband am Kongreß beteiligt sein soll, als über die diesmalige Vertretung des Verbandes zu bestimmen.

Auf dem letzten Kongreß (1905 in Köln) war unser Verband durch zehn Delegierte vertreten. Wir wissen uns der Zustimmung der Mitglieder sicher, wenn wir eine Delegation von zehn Mitgliedern für den bevorstehenden, für die Gewerkschaftsbewegung außerordentlich wichtigen Kongreß als zu klein







**Nieschdorf.** Sonntag, den 2. Dezember, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Zunächst referierte Kollege Eickmann aus Lübeck über die Bedeutung der Verfassung der Arbeitszeit und über die auf große Ausperrungen gerichteten Pläne der Unternehmer. Hierauf wurde die bekannte Resolution ohne Debatte einstimmig angenommen. Die Abrechnung vom 8. Quartal gab zu Entzeden keinen Anlaß. Die Revisoren bemerken nur, daß sie am 8. November eine unterbrochene Revision vorgenommen und beim Kolleger alles in bester Ordnung gefunden hätten. Nachdem nunmehr die Vorstandsarbeiten erledigt waren, wurde als Delegierter zum Sonntag in Lübeck Kollege Kähler gewählt. Hieran wurde beschlossen, Sonntag, den 23. Dezember, eine kleine Weihnachtsfeier zu veranstalten; hierzu wurden 40.00 bewilligt. Zum Schluß wurden die Kollegen ermahnt, eifrig zu agitierten und mindestens jede zweite Versammlung zu besuchen.

**Eisfeld in Th.** Während des ganzen Sommers ist es uns nicht möglich gewesen, ein passendes Lokal zur Abhaltung einer Versammlung zu bekommen. Jetzt ist es nun doch endlich gelungen, einen Wirt zur Vergabe seines Lokals zu bewegen. Er versprach auch, unsere Versammlungen stets aufzunehmen. (Wenn die löbliche Disziplin nicht wieder bürgerlich kommt.) Sonntag, den 2. Dezember, wurde nun auch eine Versammlung abgehalten, die sehr gut besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Kollege Fischer als Vorsitzender die erschienenen Mitglieder und sprach seinen Dank für den guten Besuch aus. Nach Verlesung der Quartalsberichte, die mit Befriedigung aufgenommen wurden, folgte die Ergänzungswahl des Vorstandes. Bei dem zweiten Punkt der Tagesordnung: „Verprechung über Lohnverhältnisse“, wurde beschlossen, im nächsten Jahre wieder in eine Lohnbewegung einzutreten. Beim Punkt „Verständigung“ wurde der Wunsch ausgesprochen, die Kollegen möchten die Sozialarbeit mehr berücksichtigen. Nach längerer lebhafter Debatte, die von großem Interesse für die Organisation zeugte, schloß nach Abfassung eines kräftigen Mauererlebens der Vorsitzende die Versammlung.

**Erfter.** Die Vorstandsmitglieder gelegentlich der außerordentlichen Generalversammlung am 16. Oktober, in der der Kollege Waude aus Rastow die bekannten zwei Referate erstattete, waren Gegenstand einer Kritik des „Grundstein“ gewesen. In Verfolg dieser Angelegenheit fand am 2. Dezember eine Versammlung statt, in der sowohl Kollege Waude, als auch je ein Vertreter des Berliner Bauvorstandes, des Hauptvorstandes und der Redaktion des „Grundstein“ teilnahmen. Nach längerer Erörterung kam man zu dem Schluß, daß das Vernehmen einzelner Kollegen in der damaligen Versammlung tatsächlich nicht zugehörig sein könne. Es ist die Möglichkeit vorhanden, daß ein Zwischenfall aus dem Hintergrunde der Versammlung vom Kollegen Waude falsch verstanden wurde. Die Versammlung erklärt, daß sie die unliebsamen Vorfälle ausdrücklich bedauert und daß die Erklärungen Kollegen in ihrer großen Mehrheit ihnen gänzlich fernbleiben. Die Erklärungen Kollegen werden dafür sorgen, daß derartige Dinge in Zukunft nicht wieder vorkommen, daß vielmehr auch hier den Grundsätzen des Verbandes entsprechend gehandelt werden wird.

**Offen.** Samstag, den 8. Dezember, tagte in der „Vorstadt“ unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, in der der Arbeitseiferer Rumberg über: „Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl“ referierte. Der Referent führte den Anwesenden vor Augen, wie notwendig es sei, daß auch endlich einmal Vertreter unserer Sache in das Stadtparlament ihren Eingang finden. Um das durchzuführen, sei es Pflicht eines jeden Kollegen, am Tage der Wahl von seinem Wahlrecht auch Gebrauch zu machen, damit unsere Kandidaten als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgehen. Dann berichtete unser Vorsteher, Kollege Garlipp, über die Wahlenkontrolle. Insgesamt wurden 406 Wahlen kontrolliert; davon fanden sich im Keller 19, im ersten Stock 62, im zweiten Stock 65, im dritten Stock 48, im vierten Stock 42; 170 Wahlen waren mauerfrei. An den meisten Baustellen ließ der Bauarbeiterverdienst viel zu wünschen übrig; namentlich bei Fremdbau und Nicht in Alleen herrschen gräßliche Zustände in betreff der Wände und Gebäuden. Der Berichtserstatter forderte die Kollegen auf, mehr als bisher auf den Bauarbeiterverdienst hinzuwirken, damit endlich einmal eine gründliche Besserung auf diesem Gebiete erreicht werde. Hierauf wurde beschlossen, eine Regelung der Bibliothek vorzunehmen, die Revisoren wurden beauftragt, die ausstehenden Bücher einzugehen und den Bestand der Bibliothek festzustellen. Die Bibliothek bleibt aus diesem Grunde bis auf weitere Bekanntgabe geschlossen. Alle Kollegen, die sich im Besitz von Büchern befinden, werden ersucht, sie auf dem Verbandsbureau abzuliefern, damit die Bibliothek möglichst bald wieder geöffnet werden kann. — Nachdem noch über verschiedene innere Organisationsangelegenheiten gesprochen worden war, wurde die Versammlung geschlossen.

**Guben.** Die ordentliche Mitgliederversammlung am 5. Dezember hatte eine wichtige Tagesordnung zu erledigen. Zunächst nahm sie einen Bericht des Vorstandes über eine Verhandlung mit dem Vorstände des Arbeitgeberverbandes entgegen. Es handelt sich um die Auslegung des Tarifes betreffs der Sonnabendvergütung in den Wintermonaten. Nach wiederholtem Verhandeln beharren die Unternehmer auf ihrem Standpunkt, während die Mauerer, und zwar mit Recht, auch für die Zeit, wo unter zehn Stunden pro Tag gearbeitet wird, eine halbe Stunde an den Sonnabenden früher Felerabend, ohne Lohnabzug, verlangen. Die Versammlung lehnte das Resultat der Verhandlung ab; es bleibt somit jede Streikfrage bestehen. Bei den Zimmerern besteht derselbe Zustand. Dem zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Verhältnisse über die Unterstützung der Verdienste des Bauarbeiterverbandes gegen unsere Organisation, die dahin geht, daß während des diesjährigen Bauarbeiterstreiks eine größere Anzahl unserer Mitglieder gegen die Solidarität und den Kartellvertrag verstoßen haben sollten. Den Mitgliedern beider Organisationen ist der Vorfall aus dem Artikel in Nr. 27 des „Baustellens“ bekannt geworden. Die Unterstützung fand am 9. September in Guben statt, und es nahmen daran die beiden örtlichen Organisationsvorstände sowie die Bauvorstände teil. Außerdem waren die Angehörigen sowie eine Anzahl Bau- und Entlastungsgelegenheiten, nach eingehender Vernehmung der Beteiligten und nach sorgfältiger Prüfung des vorliegenden Beweismaterials mußte leider festgestellt werden, daß in einer Reihe von Fällen von einer Anzahl unserer Mitglieder nicht einwandfrei gehandelt worden ist. Die obigen genannten Vertreter der Organisationen hielten

es zwar nicht für am Plage, Anträge auf Ausschluss aus der Organisation zu stellen, aber es sind den Angeklagten, denen ein Verzicht nachgewiesen werden konnte und denen, die durch ihr Nichterscheinen zu erkennen gaben, daß sie sich schuldig fühlten, angemessene Strafen zu teil geworden. Als Strafen sind verhängt: 1. In sieben Fällen die härteste Mäße, verbunden mit der Mahnung, daß die in Frage kommenden Mitglieder ein Jahr lang für unwürdig erachtet werden, ein Ehrenamt in der Organisation zu bekleiden; 2. in zwei Fällen eine schwere Mäße; 3. in drei Fällen einen Tagelohn; 4. in acht Fällen konnte das Verhalten der Mitglieder weder als korrekt noch als einwandfrei betrachtet werden, und es wurde diesen ebenfalls ein Tagelohn ausgesprochen. Im letzten Falle handelt es sich um folgendes: Zu Guben hat sich die Entwicklung beim Materialtransport noch nicht so wie in anderen mitteren Provinzialstädten vollzogen. Während der Mäße ausschließlich von Bauhilfsarbeitern transportiert wird, ist dies bei den Materialen nicht der Fall. Eine Materialkontrolle, die am 10. September stattfand, ergab, daß 39 Rohbauten zur Zeit in Arbeit waren. Nur auf drei Bauten wurden die Steine ausschließlich getragen. Auf zwei Bauten trugen die Kalkträger ab und zu eine „Mäße“ Steine, d. h. sobald sie genügend Mäße für die Mäße hatten, während den größten Teil des Bedarfs an Steinen die Mauerer „langen“ (in anderen Landesteilen sagt man: die Steine werden getrieben); auf den übrigen 29 Bauten wurden die Steine ausschließlich von den Mauerern getragen. Während des Bauarbeiterstreiks ist von diesen verlangt worden, daß unsere Mitglieder jedes Steinmalen unterlassen sollten. Die Gabelung hat, in der Meinung, daß bisher alle Steine getragen worden seien, diese Forderung unterlassen, und zwar mit allem Nachdruck in einer Versammlung zu Anfang des Streiks, wo die Mäße, die uns aus dem Kartellverträge erwachsen, dargelegt wurden. Es wurden auch die ersten Verletzungen gerügt, worauf Mäße fugelegt wurde. Am anderen Tage gingen aber trotzdem eine Anzahl der Mitglieder hin und legten wieder Steine. Während der Untersuchung wurde nun erst die Gabelung von dem tatsächlichen Verhältnis, wie der Steintransport bisher vor sich ging, aufgeführt. „Nun erst wurde das Verhalten unserer Mitglieder erklärt, wenn es auch nicht zu entschuldigen ist. Sie hatten wohl empfunden, daß ihnen etwas verboten werden sollte, was von jeder als ihre Arbeit gegolten hat. Aber es ist leider ihre Gutmütigkeit, zu schwächen, wenn ihnen in energischer Weise etwas dargelegt wird, und sie es im Augenblick nicht ganz fassen können. Am anderen Tage aber hat sich die Empfindung Luft gemacht, daß sie nicht gerecht behandelt werden. Jetzt man weiter in Betracht, daß der Charakter der Bevölkerung, aus der zum größten Teil unsere dortigen Kollegen kommen, mit einer starken Föhrerartigkeit behaftet ist, so wird ihre Handlung begreiflich. Der Fall zeigt aber auch, daß sich unsere Beschäftigten immer mit den tatsächlichen Verhältnissen im Einklang befinden müssen, wenn sie realisierbar sein sollen, und daß es ebenso verfehlt ist, der Ermüdung künstlich vorzugreifen, wie ihr hemmend entgegenzutreten. Daß unsere Kollegen es ruhig zu liegen, daß solche Anordnungen getroffen wurden, ohne ihre abweichende Meinung in der Versammlung zum Ausdruck zu bringen, ist sehr zu bedauern. Sie hätten zu einer Klärung der Sachlage beitragen müssen, und dann wären ihrer zweifelsfrei wünschenswerten Maßnahmen ergriffen und allen Beteiligten wäre manche Unannehmlichkeit erspart geblieben. Um in Zukunft eine Grundsatz zur Vermeidung solcher Differenzen zu haben, schlägt die Gabelung vor, daß hier und anderswo in ähnlichen Fällen kurz vor einem Bauarbeiterstreik festgestellt wird, auf welchen Bauten die Steine ganz oder teilweise von den Bauhilfsarbeitern getragen und auf welchen Bauten sie ausschließlich von den Mauerern getragen werden. In den ersten beiden Fällen haben die Mauerer das Steinmalen während des Bauarbeiterstreiks unter allen Umständen zu unterlassen, und im letzteren Falle können auch während des Streiks Steine getragen werden. Wenn während des Bauarbeiterstreiks Bauten in Angriff genommen werden, so haben die Organisationsleistungen in Verbindung mit den Streikmaßnahmen in gemeinsamer Beratung zu entscheiden, ob an diesen Bauten die Steine getragen oder getragen werden dürfen. Der Bericht nahm die Versammlung ohne Debatte entgegen und stimmte den verhängten Strafen und Vorschlägen zu, nachdem sie zur Kenntnis genommen, daß auch der Verbandsvorstand dasselbe getan habe.

**Dufum.** Am 4. Dezember tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins. Der Kartelldelegierte Daehn machte bekannt, daß das Kartell beschlossen habe, am 23. Dezember, Abends 8 Uhr, eine Weihnachtsfeier in der hiesigen Gasthof. In der Winterreise, für sämtliche Gewerkschaften zu veranstalten. Jeder beiderseitige Kollege, der an der Feier teilnehmen will, muß 1.1 bezahlen, die Unberufenen zahlen nach Belieben. Hierauf wurden von der Versammlung 16 aus der Kartellasse zu diesem Zweck bewilligt. Die Reiseunterstützung für reisende Kollegen wird von unserem Herbergsamt Creme, in der Silberstraße, Abends von 6-7 Uhr, ausgegibt. Hierauf wurde noch beschlossen, daß die hier zu Weihnachten reisenden Kollegen 75 3 Vergütung für jeden Tag extra erhalten. Zur Kontrolle müssen sie sich Karten hierzu beim Kassierer holen. Hierauf erfolgte der Bericht des öffentlichen Arbeitsnachweises für den Monat November: Es wurden von 69 Unternehmern 446 Arbeitskräfte verlangt, 92 hatten sich gemeldet und 75 wurden eingestellt. Die Nachfrage überstieg das Angebot somit um 304. Nach einer langen, heftigen Debatte über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse an den hiesigen Bauten wurde der Antrag gestellt, daß Kollegen, die länger als 6 1/2 Stunden arbeiten und sich diese Stunden nicht als Überstunden bezahlen lassen, ausgeschlossen werden. Der Antrag wurde abgelehnt. Von der Preßkommission wurden die Kollegen wiederum aufgefordert, die „Schleswig-Holst. Volkszeitung“ zu abonnieren, denn wo keine Arbeiterzeitung im Hause sei, da sehe es gar ab und trauig aus. Zum Schluß wurde noch beschlossen, in der nächsten Zeit eine energische Hausagitation bei den uns noch fernstehenden Kollegen zu betreiben, damit sie sich uns anschließen und wir im nächsten Jahre alle, Mann für Mann, in die Lohnbewegung eintreten können.

**Königsberg.** Kürzlich ist hier ein Zweigverein gegründet worden. Es war auch die höchste Zeit, daß sich die Kollegen eine Organisation für die Verbesserung ihres Lohnes und der Arbeitszeit stufen. Beinahe die Hälfte der Kollegen ist organisiert. Die Zahl würde noch größer sein, wenn sich nicht

die Kollegen von dem einen Baugeschäft hätten durch süße Worte betören lassen. Der Stundenlohn beträgt hier 22 bis 23 1/2 und die Arbeitszeit in der Saison ist grenzenlos. Die Kollegen müssen es sich nun zur Aufgabe machen, recht eifrig für die Organisation zu agitieren, wenn sich ihnen dabei auch manche Hindernisse in den Weg stellen. Der Widerwille gegen die Organisation setzt sich jetzt schon bei dem am 1. März anfangenden Unternehmern, indem er lebhaft gegen die Agitation des Verbandes zu Felde zieht. Er hat sich sogar dahin ausgesprochen, daß er den Verband nicht brauche, er mache seine Lohnsätze selbst; die Kollegen sollten sich die 30 1/2 Beitrag alle Woche betrinken oder zu besseren Zwecken anlegen. Die Kollegen, die während der Arbeitszeit für den Verband agitieren, wurden entlassen. Das sind schäne Zustände. Wir glauben dem Unternehmern gerne, daß ihm der Verband keine Freude macht; wir sind aber zu der festen Überzeugung gekommen, daß uns der Verband nur Nutzen bringt. Er mag sich nun nur mit dem Gedanken rufen, daß eine große Zahl Unternehmern ebenfalls gegen den Verband protestiert hat, schließlich aber machtlos zurückweichen mußten.

**Kangelsheim.** Samstag, den 1. Dezember, tagte im Vereinslokal unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die leider schon bedauert war; von 76 Mitgliedern waren 16 erschienen. Zunächst wurde beschlossen, im Winter pro Monat 10 1/2 Realisationsbeitrag zu zahlen. Die Realisationsprüfung wird in Krüses Saalbau ausgegibt. Am Schluß der Versammlung forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, fleißig für den „Braunsberger Volksfreund“ zu agitieren. Der Appell galt sämtlichen Kollegen, die ein bürgerliches, realitätsnahes Blatt unterliegen; unsere Parole muß sein: Ja kann nur eine Presse unterstützen, die für mich eintritt und das ist für Kangelsheim nur der „Braunsberger Volksfreund“. Die nächste Versammlung findet Sonntag, den 13. Januar, Nachmittags 3 Uhr statt mit der Tagesordnung: „Vorstandsbericht“. Da müssen die Kollegen vollständig erscheinen. Wir haben viele Kollegen, die es gar nicht der Mühe wert halten, in die Versammlungen zu kommen. Darum mögen die Mitglieder unter uns hauptsächlich den vorgemerkten Kollegen ins Gewissen reden und ihnen den Wert der Versammlungen vor Augen führen. Am 13. Januar sei die Parole eines jeden Kollegen: Ja geht in die Versammlung mit dem Voratz, dieses Jahr die Versammlungen besser zu besuchen. Gleichzeitig werden die Kollegen ersucht, sich der politischen Organisation anzuschließen und das Verbandslokal mehr zu besuchen als bisher.

**Mittelf.** In unserer Mitgliederversammlung am 2. Dezember wurde der Beschluß vom 19. August d. J. monach jedes Mitglied mindestens zweimal jährlich die Versammlung besuchen muß, andernfalls es eine Strafe von 50 1/2 zahlen muß, erneuert und bestätigt. Hierauf verlas der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal; im Anschluß hieran erstatteten die Hilfskassierer Bericht über ihre Tätigkeit. Es wurde hauptsächlich berichtet, daß sich viele Mitglieder weigern, den Realisationsbeitrag zu zahlen. Es wurde einstimmig beschlossen, alle Kollegen aus den Mitgliederlisten des Verbandes zu streichen, die nicht bis zum Jahresschluß die Realisationsbeiträge bezahlt haben. Zum Schluß wurden die Kollegen aufgefordert, dem hier neu gegründeten Wahlverein als Mitglieder beizutreten.

**Gau Oden.** Am die Braunsberger Schanze, die wir kürzlich schilderten, zu besuchen, bringt die Nr. 48 der „Bau-gewerkschaft“ (Organ der Streikbrechervereine in Oden) eine ziemlich lange und viele Ungeheuerlichkeiten. Damit auch unsere Mitglieder sehen, wie die „Brüder in Christo“ die Mäße mit Füßen treten und auch zu üben verheßen, wollen wir den Vorgang, der sich in Braunsberg abgespielt hat, in einigen Zeilen schildern. Im Sommer 1904 wurde unser Verein gegründet und die meisten Kollegen traten unserem Verbande gleich bei, denn die Lohn- und Arbeitsverhältnisse waren die allerhöchsten. Die Arbeitszeit betrug noch 12 Stunden und der Lohn wurde nach dem Ermessen des Unternehmers gezahlt, er schwankte zwischen 30 bis 40 1/2 pro Stunde. Durch den Zusammenschluß der Kollegen gelang es uns im Jahre 1905, die eifrigste Arbeitszeit einzuführen, auch wurde ein Minimallohn von 35 1/2 pro Stunde festgelegt, so daß die schlimmsten Mäße beseitigt waren. Da Braunsberg kein Dorf ist, sondern eine Stadt von mehr als 10 000 Einwohnern, wurde in diesem Jahre die zehntägige Arbeitszeit eingeführt. Die Unternehmer, die ziemlich reichlich sind und die von dem Schaffhäuser Kauffmann — der seine päpstlichen Orden von Braunsberg geholt hat — ziemlich aufgehegt waren, leiteten diese Verhandlung ab. Da aber der Rehnungsbuch für jeden geistig normalen Menschen als eine Notwendigkeit erachtet wurde, blieb weiter nichts übrig, als die Arbeit einzustellen. Die Arbeitsniederlegung erfolgte ziemlich einmütig, so daß ein Erfolg bald zu erwarten war, denn auch Zugung von außerhalb kam weiter nicht, als daß einige von den Kaffeemännern aus Königsberg zuwanderten. Aber auch diese wurden abgeschoben. Dieses scheint die ausgehegten Unternehmern geärgert zu haben, und da sie noch etwas Geld im Sach hatten, auch von der Behörde recht tüchtig unterstützt wurden, hielten sie sich die teuren abgelagerten italienischen Streikbrecher von Königsberg. Auch wurden die Zimmerer, die keine Förderung gestellt hatten, ohne jegliche Veranlassung ausgehegt. Mit diesen Südrücklingen haben die Unternehmer sich dann den ganzen Sommer abgemüht und sich auch ziemlich den Gelbdeuten und den Magen verborben, so daß sie trotz der großen Opfer, die sie gebracht hatten, im Herbst ziemlich kampfmüde waren. Nun erschied der Schicksal aus Königsberg und wollte den Unternehmern den Gelbdeute wieder füttern. Er sammelte die zehn Streikbrecher, die sich während des langen Kampfes gefunden hatten und gründete in aller Heimlichkeit einen Streikbrecherverein, dem selbst die verfallenen Streikbrecher hatten den Namen von diesem Geist nicht erfahren. Um nun nach dem Königsberger Schema arbeiten zu können, wurde an demselben Abend auch gleich ein Vertrag von den Unternehmern mitgebracht und von dem nun christlichen nationalen Streikbrecherverein unterzeichnet. Wie dieser Vertrag aussieht, braucht ja weiter nicht geschildert zu werden. Jeder kann sich wohl leicht denken, wie so ein Unikum aussieht. Von einem Minimallohn keine Spur, so daß es den Unternehmern wieder gestattet ist, nach Ermessen ihren Lohnsatz einzuführen. Wahrscheinlich, ein richtiger Schurkenfisch. Und das nennt die „Bau-gewerkschaft“ Eintreten für die Interessen der Kollegen! Wir beneiden sie um solche Taten nicht. Wir bewundern nur den Mut dieser Gesellschaft, sich noch immer christlich zu nennen.



**Wforzheim.** Die am 5. Dezember im „Liloli“ tagende Mitgliederversammlung besaßte sich u. a. auch mit dem Ausschluss des Kollegen Jakob Heinrich Bender, der einem anderen Kollegen auf der Baustelle das Buch entwendete und die noch nicht abgeschlossenen Beitragsmarken herausnahm, um damit sein sehr rückständiges Buch in Ordnung zu bringen. Bender wurde einstimmig ausgeschlossen, da für eine solche Sorte von Leuten in unseren Reihen kein Platz ist. Die Kollegen von ganz Deutschland mögen sich den Namen dieses Ausschüßes ins Gedächtnis prägen, damit ihm, wenn er irgendwo auftaucht, die nötige Anerkennung zu teil wird.

**Salzwedel.** Am 2. Dezember tagte unsere letzte diesjährige Mitgliederversammlung. Wegen Tarifüberschreitungen waren die Kollegen Wölter, Landmann, Schmiede, Kaufmann, Preuß und Kade zu der Versammlung schriftlich eingeladen worden und bis auf Wölter auch erschienen. Wölter hatte sich beim Vorstehenden entschuldigt mit der Versicherung, sich dem Beschlusse der Versammlung zu fügen. Nach eingehender Aussprache wurde im Falle Preuß die Notwendigkeit der Arbeitsausführung anerkannt; den übrigen Kollegen wurde eine Ruhe von drei Werk aufgesetzt und dabei bemerkt, daß im Wiederholungsfall der Ausschluss aus dem Verbande erfolgen werde. Auf Anregung der Vorstände verschiedener Gewerkschaften zwecks Gründung eines Kartells waren sich die Vorstände der Maurer, Zimmerer, Töpfer und Dachdecker einig geworden, mit der Generalkommission in Verbindung zu treten. Nach persönlicher Aussprache mit dem Vorsitzenden des Zentralverbandes der Töpfer, der sich auf einer Agitations-tour befand und hier eine Versammlung abhielt, wurde dem Kollegen Wölter vom Töpferverband der Auftrag gegeben, die nötigen Schritte zu tun, damit wir auf dem betretenen Wege weiter fortschreiten können. In dankenswerter Weise hat der Kollege seine Verpflichtung erfüllt, und wir konnten nun gemeinsam die Vertreter zum Kartell wählen. Auf der Liste fanden die Kollegen H. Wagner, S. Schneider, M. Brühl, W. Krosch und Fr. Haase. Da Kollege M. Brühl die Wahl ablehnte, so wurden die vier anderen Kollegen gewählt. Die Anfrage des Kollegen Haase, ob es den Bauarbeitern, die gewonnen sind, sich zu organisieren, gestattet sei, sich nun anzuschließen, wurde bejaht. Ferner wurde beschlossen, am ersten Weihnachtstage, Namittags 12 Uhr, eine Tonne Bier zu trinken, damit auch der Bier, der sein Lokal zu unseren Versammlungen hergibt, etwas von den Mitgliedern habe, indem verschiedene Kollegen es nicht für nötig halten, das Lokal zu besuchen. Gleichzeitig sollen auch die Verbandsschreiber kontrolliert und der Schlüsselpunkt eingebracht werden. Im Jänkereien zu vermeiden, wurde der Vorstand mit der Ausgabe von Biermarken betraut. Nur die Mitglieder, die ihre Bücher vorgelegt, erhalten Biermarken; ohne Mitgliedsbuch gibt's keine Biermarken und kein Bier. Nach einem Appell an die Mitglieder, rege für die Organisation zu agitieren, wurde die Versammlung um 6½ Uhr geschlossen.

**Schneiditz.** In unserer am 25. November abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des verstorbenen Kollegen Karl Köstgen in der üblichen Weise gelehrt. Dann wurde beschlossen, unser Lokal in Gutsdich auf ferner zu behalten. Der Kollege S. Görde wurde beauftragt eine Statistik über die Winterbauten aufzunehmen. Die Mitgliedsbücher sollen in diesem Jahre ebenso eingezogen werden, wie dies in früheren Jahren üblich war. Die Berechnung vom Gewerkschaftsbeitrag ergab eine Einnahme von M. 471,78, der eine Ausgabe von M. 412,71 gegenübersteht. Für die ausgeschriebenen Vorkosten sind auf Sitten gesammelt worden M. 258,35. Weiter beschloß die Versammlung, jedem verstorbenen Kollegen einen Nachruf im Verbandsorgan zu widmen in der Form, die im „Grundstein“ üblich ist.

**Seesen.** Im hiesigen Zweigvereinsgebiet werden die Maurer gesucht. Es ist hier für 80 bis 100 Kollegen, Steinträger und Handlanger Winterarbeit vorhanden. Stundenlohn 43 A. Meldungen bei dem Kreisbauernrat Vitz, Langenstraße, und beim Kreisler des Zweigvereins Fuhrmann, Altes Amt.

**Strasburg i. Elz.** Mittwoch, den 28. November, tagte hier eine Versammlung der im Verband organisierten Maurer. Es war eine Versammlung, wie sie die Maurer noch nie in Strasburg aufzuweisen hatten. Der erste Punkt der Tagesordnung lautete: „Sollen wir unseren Tarif kündigen?“ Der Vertrauensmann, Kollege Voigt, der die Versammlung leitete, erklärte, daß er zu diesem Punkt nicht sprechen wolle, das müsse Sache der Kollegen selbst sein; sie würden ja am besten wissen, ob sie unter den alten Lohnverhältnissen arbeiten könnten. Einige Redner traten für Kündigung des Tariffs ein und erklärten, eine lange Diskussion über diesen Punkt sei nicht notwendig. Der Vorsitzende ließ hierauf abstimmen. Ueber acht-hundert Hände erhoben sich für Kündigung des Tariffs, nicht eine Hand bogegen. Es wurde nunmehr zum zweiten Punkt der Tagesordnung geschritten, der lautete: „Welche Forderungen müssen für das nächste Jahr aufgestellt werden?“ Zu diesem Punkt ergriß der Kollege Voigt das Wort. Er berichtete, daß sich die Kommissionen schon mit dieser Frage beschäftigt hätten und er im Auftrage der Kommission folgende Vorschläge zu machen hätte. Die Arbeitszeit soll für das nächste Jahr eine neunstündige sein. Nachdem er die Notwendigkeit und die Vorteile der Verkürzung der Arbeitszeit näher begründet hatte und sich auch einige andere Redner dafür ausgesprochen hatten, beschloß die Versammlung einstimmig, die neunstündige Arbeitszeit zu fordern. Der Lohn soll von 47 A. auf 65 A. erhöht werden. Auch diese Forderung begründete Kollege Voigt. Er führte aus, im allgemeinen sei die Erhöhung des Lohnes nicht erheblich, ja prozentual seien die Lebensmittel höher ge-liegen als die Löhne, aber, wenn man in Betracht zieht, welche Vorteile die Verkürzung der Arbeitszeit biete, glaube er doch, wenn diese Forderung durchgedrückt werden könnte, sei großes erreicht. Er ersuchte daher, auch in diesem Punkte dem Vor-schlage der Kommission, der in langer und eingehender Beratung zu stande gekommen sei, zuzustimmen. In der Debatte wandten sich einige Redner scharf gegen diesen Vorschlag und verlangten eine Erhöhung auf 60 A. Diese Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Kollege Voigt führte nochmals alle Gründe an, warum die Kommission keine höhere Forderung aufgestellt habe und ersuchte nochmals dringend, die Versammlung möge sich nicht von ihren Gefühlen, sondern vom Verstande leiten lassen. Wenn er, Redner, seinem Gefühl freien Lauf lassen würde, würde auch er sagen, 60 A. sei absolut nicht zu viel. Aber man müsse doch immer den Verhältnissen Rechnung tragen. In der Abstimmung wurde der Vorschlag

der Kommission mit geringer Majorität angenommen, ein ziemlich großer Teil stimmte für 60 A. Für Kanalarbeiter- und Wasserarbeiten sowie Brückenbauten werden jetzt 62 A. gezahlt, die Kommission möchte den Vorschlag, 60 A. zu verlangen. Trotzdem Kollege Voigt auf diese Forderung eingehend begründete, beschloß die Versammlung, nach-dem einige Redner gegen 60 A. Ausführungen polemisierten und den Antrag gestützt hatten, 65 A. zu verlangen, in diesem Sinne. Im übrigen wurden die Vorschläge der Kommission fast ohne Diskussion angenommen. Mit einem kräftigen Schlusswort an die Kollegen, immer so zahlreich in den Versammlungen zu erscheinen, stieß ihre Schuldbildung im Interesse der Organisation zu tun, die Beiträge pünktlich zu bezahlen, überall für den Ausbau der Organisation zu sorgen, schloß Kollege Voigt die ruhig und sachlich verlaufene Versammlung. Bei dieser Versammlung beigeordnet hat, wer gesehen und gehört hat, mit welcher Ruhe und Sachlichkeit die Maurer ihre Angelegenheit berieten, der muß anerkennen, daß die Maurer ihre Lage er-fasst haben, daß sie wissen, was sie wollen, und daß sie auch in der Lage sind, die aufgeregtesten Forderungen, wenn es nicht anders sein kann, zu erlämpfen.

**Vegesack.** Einen unerwartet schnellen Tod fand der Kollege Kaufs aus Götting. Er war auf dem Gelände der Grohner Wandplattenfabrik am Bau eines Fabrikgebäudes beschäftigt. Sonnabend, den 3. Dezember, wollte er Morgens seine Arbeitsstelle in der Lustigen Höhe von 87 m aufsteigen, wobei er im Innern des Schornsteins auf un-bekannte Weise abgestürzt ist; er erlitt so schwere Ver-letzungen, daß er, ohne die Bestimmung wiedererlangt zu haben, unter den Händen eines Arztes seinen Geist aufgab. Dieser Unfall ist einer von denen, wie sie beim Schornstein-bau etwas Alltägliches sind. Schwerkraft im Innern der Schornsteine bleiben nicht liegen, und so fällt manchmal junge, rüstige Kollege den berathungsunwürdigen Mistständen in diesem Spezialfach der Maurerei zum Opfer. — Vegesack und Umgebung ist in diesem Jahre von einer ganzen Reihe größerer Unfälle heimgefallen worden. Garaffertisch ist hierfür die Ursache, daß von den fünf jezt Juli aus dem Leben geschiedenen Maurern drei direkt durch Unfall ihr Leben einbüßten und der vierte durch Unfall invalide ge-worden war. Außer diesen Opfern ist ein weiterer Kollege zeitweilig zum arbeitsunfähigen Strümpel geworden. Und trotzdem müssen wir uns wundern, daß das hier herrschende System nicht noch mehr Opfer fordert. Gerade an dem vom letzten Unfall betroffenen Bau wird jezt noch von einer ganzen Anzahl Arbeiter bei ganz primitiver Beleuchtung bis Abends 8 Uhr gearbeitet. Die Kollegen unseres Zweig-vereins sind daran nicht beteiligt, fordern die Arbeit wird von Mitgliedern des Zweigvereins Unterneißbach aus-geführt. Der dortige Vorstand hat auf ein ihn durch Vermittlung des Bauverstandes ersturt gerichtete Schreiben eine Antwort für überfällig gehalten. Es wird des Abends ruhig weiter geschuftet. Wie lange mag das noch ohne Unfälle abgehen? Hoffentlich erwaht die ganze Bau-arbeiterchaft Vegesacks einmal aus ihrem langen Schlaf der Gleichgültigkeit und zeigt, daß sie nicht mehr gewillt ist, für einen Hungerlohn ihr Fell zu Marter zu tragen. Gelegenheit hierzu wird ihr gegeben werden. Allen viel Optimismus dürfen wir aber nicht hegen, wenn wir sehen müssen, daß von den beinahe 300 Mitgliedern unseres Zweigvereins jezt, kurz vor Ablauf des Vertrages, ganze 80 bis 40 Kollegen in den Versammlungen erscheinen, um mit Rat und Tat mitzuwirken an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Viel lieber wird zu Hause auf diesen oder jenen Kollegen geschimpft, im übrigen aber im altengeordneten Schlenker fortgerückt. Hoffentlich sorgen unsere Bauhülfsarbeiter für eine Wohnung zum Besseren; denn diesen kann nachgerühmt werden, daß unter ihnen ein ganz anderer Lebensgeist herrscht als unter der Mehrzahl unserer Kollegen.

**Würgburg.** Sonntag, den 2. Dezember, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die erfreulichste gut besucht war; besonders waren die Kollegen der auswärtigen Baustellen fast vollständig erschienen. Zunächst wurde über den örtlichen Zuschlagsbeitrag verhandelt. Nach eingehender Begründung des Vorstehenden und sachlich geführter Diskussion wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Sämtliche Mitglieder des Zweigvereinsgebietes Würgburg zahlen während der beitragsfreien Wintermonate als örtlichen Zuschlag 10 A pro Woche. Dieser Beitrag wird durch Lokalkasse quittiert, und sind alle diese Marken in die für das Jahr 1907 freilegenden Rubriken ins Mitgliedsbuch einzufügen. Ein Antrag, 15 A pro Woche zu zahlen, wurde abgelehnt. An dieser Stelle werden die Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Beschluß ebenso Rechtskräftigkeit hat, wie die im Statut vor-geschriebenen Beitragsätze, also alle Unterhaltungen von dem Einhalten dieses Beschlusses abhängig sind. Ein Antrag, wöchentlich eine Sekretariatsmarke von 2 A zu geben, wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt und beschlossen, die Beiträge in der bis-herigen Höhe aus Mitteln der Lokalkasse zu zahlen. Hierauf erstattete der Vorsitzende ausführlichen Bericht über die vier-tägige Blagbette am südlichen Wohnhausneubau an der Sandertstraße, ausgeführt vom Baumeister M. Wagner. Wegen fortwährender Schikanierung der dort beschäftigten Kollegen und wegen einer ganz und gar nicht zu benutzenden Baubude, beschloß wegen Mangel an Gerüstung Tam es öfter zu Aus-einanderlegungen beiderseits. Nun sollten plötzlich auch die Kollegen fünf bis acht Minuten nach der Mittagspause zu spät gekommen sein. Diese Angabe war aber vollständig erlogen; in Wirklichkeit wollte Herr Wagner junior den größten Teil der Kollegen von dieser Baustelle hinwegfeln, weil eine dort hinzugekommene Arbeit plötzlich eingestellt wurde. Die Kollegen verlangten sämtlich für ihre Stunden den entgangenen Arbeits-lohn und Wiederentstellung aller für eine Woche. Das einstündige Unterhandlung, das das Ergebnis hatte, daß von Herrn Wagner keinerlei Zugeständnisse gemacht wurden, mußte die Sperre verhängt werden. Sofort herbeieilenden bürgerliche Väter, daß, wenn in den nächsten Tagen die Arbeit dort nicht wieder aufgenommen werde, sämtliche Maurer ausgesperrt würden. Vange machen gilt bekanntlich nicht, und so haben denn die Herren Unternehmern für ihre Lage keine Lust gezeigt, für ihren bedrängten Kollegen Wagner die Finger ins Feuer zu legen. Nach längerem Unterhandeln erklärte Wagner, zwei Stunden des entgangenen Verdienstes vergüten zu wollen, ferner war schon während der Sperre die Baubude vorrätigsmäßig hergerichtet und mit einem

Ofen versehen worden; auch konnten alle Kollegen wieder an ihre Plätze treten, das heißt, ein Teil der Kollegen war schon anderweitig untergebracht und verblieben darauf, dort weiter-zuarbeiten. Nach diesen Zugeständnissen konnte nach vierstündiger Dauer, die Sperre aufgehoben werden. Wie können wir mit dem Ausgang zufrieden sein; haben wir doch bewiesen, was durch unsere Organisation erreicht werden kann, wenn jeder seine Pflicht erfüllt. Es wurde dann noch beschlossen, auf jeder Bau-stelle einen Vertrauensmann zu wählen, der alle Missetände dem jeweiligen Vorstehenden mitzuteilen und für deren Abschaffung zu sorgen hat.

## Verbot oder Reform der Akkordarbeit?

XXV.

Im „Grundstein“, Nr. 48 vom 1. Dezember, stellt Kollege W. Gieshold die Frage: „Ist jede Akkordarbeit zu verbieten und die Lohnarbeit vorzuziehen?“ Der als Antwort auf diese Frage folgende Artikel beantragt mich, einiges darauf zu erwidern. Wenn Kollege Gieshold meint, daß die Kollegen ihre Ansicht über die Frage der Akkordarbeit einer Revision unterziehen müssen, so kann diese meiner Meinung nach auf Grund der bisherigen Dis-kussion über diese Frage nur insofern geschehen, daß wir uns die Frage vorlegen: „Wie können wir die Akkordarbeit am wirksamsten beseitigen?“

Wenn Kollege Gieshold einen Unterschied macht zwischen tariflich geregelter und wildem Akkord, so hat er insofern recht, daß letzterer noch verwerflicher ist als ersterer, und wenn Kollege Gieshold, entgegen der berechtigten Behauptung, daß die Akkordarbeit unsere Kollegen demoralisier-e, sie zu Egoisten mache und zu unkollektivistischen Verhalten verleite, sowie dazu beitrage, die industrielle Arbeiterarmee zu vergrößern, angibt, daß unsere dänischen Kollegen größtenteils in Akkord arbeiten und sich nicht nach der Lohnarbeit sehn, so ist damit das Akkordsystem noch lange nicht gerechtfertigt. Deshalb sich unsere dänischen Kol-legen wohl dabei fühlen, kann ich leider nicht beurteilen, da ich nicht weiß, in welchem Verhältnis dort der Akkord-lohn zum Zeitlohn steht; jedenfalls ist die Leistungsfähigkeit unserer dänischen Kollegen noch nicht bis auf äußerste aus-genutzt, wie sie es auch in Deutschland in dem Maße noch nicht ist, wo niedrige Stundenlöhne gezahlt werden, als in den Orten mit höheren Löhnen. Tatsache ist aber, daß in den Orten, wo die niedrigsten Zeitlöhne üblich sind, die Akkordlöhne im Verhältnis zu ersteren gewöhnlich höhere sind; dagegen in Orten mit höheren Stundenlöhnen die Akkordlöhne verhältnismäßig niedriger sind; auf Grund dessen können sich die Kollegen in den zuerst bezeichneten Orten von der Akkordarbeit schwerer trennen, weil sie hier, wenn sie sich etwas mehr anstrengen, — und das sie das tun, bringt schon das System mit sich — doch bedeutend mehr verdienen können als im Zeitlohn. Sobald aber die Zeitlohnarbeiter einsehen, daß sie ebenso unentbehrlich sind wie die Akkord-arbeiter, und auf Grund dessen höhere Löhne beanspruchen, so geht die Arbeiterei los. Der Unternehmer hält ihnen die höheren Leistungen der Akkordarbeiter vor und verlangt, da sie nun annähernd soviel verdienen wie die Kollegen im Akkord, daß sie demnach auch ebensoviel leisten sollen, womit der Unternehmer auch bis jezt meistens Glück hatte; dies hat wiederum zur Folge, daß die Kollegen im Akkord aus-zupornen, um mehr zu verdienen als im Zeitlohn. So ist ein System zum Nachteil des anderen geworden, und im Zeitlohn sind oft dieselben Missetände anzutreffen wie im Akkord.

Auch ist der Einweis auf andere Berufe nicht stich-haltig, da dort größtenteils Stundenlohn üblich, also die Leistung jedes einzelnen bezahlt wird, wogegen bei uns nur in Kolonnen gearbeitet werden kann, wodurch immer einer des anderen Unterbreit wird. Ferner hat man in anderen Berufen, z. B. der Holz- und Metallarbeiter, namentlich im Maschinenbau, von den Unternehmern dem egoistischen Erwerbsstreb der Arbeiter Schranken gesetzt, indem man ihnen eine Höchstgrenze vorschreibt, über die hinaus sie nicht verdienen dürfen, aber nicht etwa mit Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiter, sondern mit Rücksicht auf die Qualität der Arbeit; man kann im Maschinenbau wenig Fußarbeit gebrauchen, und um nicht mehr Schaden als Vorteil zu haben, mußte man hier der quantitativen Leistungsfähigkeit die Höchstgrenze vorschreiben, bei der es noch möglich ist, brauchbare Arbeit zu erhalten.

Im Häuserbau aber gehen die Begriffe über brauchbare und unbrauchbare Arbeit weit auseinander; der Unternehmer hat wenig Interesse an reeller Arbeit, ihm ist möglichst hoher Verdienst die Hauptsache; die nachvollenden des Rohbaues sich vollziehende Abnahme wird auch nur vorgekommen, um den „kaupoligistischen Verordnungen“ zu genügen, wobei selten Unregelmäßigkeiten entdeckt werden. Ist dann der Bau vollständig fertig, von außen augenscheinlich nach allen Regeln der Kunst gepußt und innen schon gemalt und mit Tapeten beklebt, dann ist nichts mehr von schlechter oder guter Maurerarbeit zu sehen, wenn auch hier und da mal eine Wand oder Ecke etwas trumm ist, oder sich einige Misse-geigen, deshalb ist das Haus immer noch nicht unbrauchbar; wirklich unbrauchbar ist es erst dann, wenn es einfallt oder einzufallen droht; auch das ist schon mehrmals vorgekommen, und namentlich dort, wo in Akkord gemauert wurde, oder wo die „bessere Qualität“ der Rohmaurer, die Strei-bere, gearbeitet haben.

Was nun die Freiheit des Akkordarbeiters anbetrifft, so ist wohl hier wenig von Freiheit zu spüren. Jeder ist sein eigener und einer wieder des anderen Arbeiter; jeder, in dem Verstreuen, viel Geld zu verdienen, raubt sich schon selbst jede mögliche Freiheit, zugleich heimlich darauf achtend, daß sich der andere nicht zu viel Freiheit nimmt. Im Zeit-lohn dagegen hat der einzelne kein Interesse daran, daß die Arbeit recht schnell fertig wird, und wenn die Kollegen sich sonst einig sind, werden sie in erster Linie ihr Leben und ihre Gesundheit berücksichtigen, und sich trotz eines be-sonderen Antreibers nicht bis auf äußerste ausbeuten lassen; auch werden sie vom Kollegen die nötigen Schutz- und Sicher-heitsregeln verlangen. Hierbei möchte ich auf den im „Grundstein“, Nr. 48 vom 1. Dezember, gegebenen Ver-sammlungsbericht der Berliner Kugel hinweisen. (Be-kanntlich ist in Berlin mit den Kugeln die Akkordarbeit erlaubt, während sie bei den Maurern und den anderen Berufsgruppen verboten ist; auch das Aufstellen der Ru-s-tungen übernehmen die Kugel mit in Akkord.) In dieser



Verammlung mußte der Kollege Neumann, Vorsitzender der Arbeiterkammer, in seinem Referat über: „Die Arbeiterkammerbestimmungen auf den Berliner Bauten“ konstatieren, daß es speziell im Baugebiet in Bezug auf Mänteln und die anderen Schutzbestimmungen sehr traurig bestellt ist, mit Ausnahme der Mänteln an den Straßen, die von der Polizei besser kontrolliert werden, daher das Verbot nicht die Polizei trifft. Wie man hier noch von Freiheit reden kann, ist mir unbegreiflich, wenn man sich nicht einmal so viel Freiheit erlaubt, in erster Linie sein eigenes Leben und seine Gesundheit zu berücksichtigen; dagegen von der Freiheit, seine Kräfte und Gesundheit rücksichtslos im Interesse des Unternehmers zu opfern, den ausgiebigsten Gebrauch macht.

Auf Grund der bisherigen Diskussion über diese Frage ist wohl die Mehrzahl unserer Kollegen zu der Überzeugung gekommen, daß die Zeitschönheit, trotz der Unannehmlichkeiten, die auch diese mit sich bringt, der Arbeit in allen Fällen vorzuziehen ist. Man mag die Sache brechen und wenden, wie man will, die Arbeit bleibt, auch trotz ihrer Mängel, was sie ist, nämlich: „das edelste aller Lohnsysteme“, das beste Mittel für die Unternehmer, die Arbeiter in der rücksichtslossten Art und Weise auszunutzen. Darum sollte von Reform keine Rede sein, sondern man sollte nach Mitteln suchen, dieses System so bald wie möglich zu beenden.

Diese Frage einheitlich zu regeln, dürfte wohl schwer durchführbar sein. Da die Verhältnisse in den einzelnen Zweigvereinen sehr verschieden sind, sollte man es jedem Zweigverein selbst überlassen, die Wahl der Mittel zur Bekämpfung der Affordarbeit zu treffen. In den Zweigvereinen, wo die Affordarbeit bisher verboten war, sind die Kollegen wohl in der Lage gewesen, sie möglichst zu beschränken; daher wäre es wohl ein großer Fehler, dieses Verbot aufzuheben, selbst wenn man in der Lage wäre, einen günstigen Affordtarif einzuführen. Sollte man hingegen einzuwenden versuchen, daß in den Orten, wo die Affordarbeit verboten ist, die Zahl der im Afford arbeitenden Kollegen doch entsprechend groß ist, so kann ich erwidern, daß sich selbst bei einem tariflich geregelten Afford ebenfalls Kollegen finden würden, die auch den besten Tarif nicht beachten würden, namentlich bei niedrigerer Konjunktur. Der Affordarbeit weiteren Spielraum zu gewähren als bisher, sei es in welcher Form, halte ich durchaus für verfehlt, und zwar in einer Zeit, wo wir ernstlich beitreten sind, die Arbeitszeit zu verkürzen. Alles, was wir durch die Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen suchen, würden wir sofort wieder durch Einführung der Affordarbeit preisgeben.

Die Einschränkung der Produktion oder die Verhinderung der Ueberproduktion würde selbst bei verkürzter Arbeitszeit nicht zu erwarten sein, daher auch keine Verminderung der industriellen Meeresarmee. Unsere Gesundheit würde selbst bei einer Stunde weniger Arbeitszeit infolge der intensiveren Arbeitsmethode mehr leiden als im Lohn bei längerer Arbeitszeit. Ich wir nach achtstündiger Arbeitszeit im Afford noch geistig fähiger, oder auch nur ebenso fähig wären, ein beschwerendes Buch zu lesen und zu verstehen, oder uns sonst geistig zu bilden, als nach neunstündiger Arbeitszeit im Lohn, möchte ich sehr bezweifeln. Daran brauchen wir aber keinen Augenblick zu zweifeln, daß alle unsere schönen Ideale, uns als Kulturmenschen zu erheben und zu betätigen, als Kulturmenschen zu leben und die Früchte der Kultur zu genießen, was wir allein durch die nötige Verkürzung der Arbeitszeit erreichen können. Häufig scheitern würden, wenn wir dies System, unter dem die Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer keine Schranken kennt, nicht mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen suchen.

Otto Lehmann, Berlin, Brunnstraße.

## Beiträge zum Lehrlingswesen.

### Gau Stettin.

Kommern gehört zu den Randstädten, wo das Lehrlingswesen von altersher ausgeprägt funktionsfähige Regeln unterworfen war, und dieser alte Jungferntum ist in verschiedenen Städten unseren Kollegen so in Fleisch und Blut übergegangen, daß wir wiederholt gezwungen waren, ihn im Interesse der Lehrlinge sowohl als auch der Kollegen selbst zu bekämpfen. Vereinzelt machen sich die Folgen der funktionsfähigen Erziehung noch recht oft unangenehm bemerkbar. Durch das Handwerksgesetz von 1897 ist ja nun diese „Jungferntum“ etwas aufgelöst worden, an der Mäntel der Lehrlingsausbildung ist aber nichts gebessert; in unserem Gewerbe um so weniger, als der Zulauf von Jahr zu Jahr härter wird. Das letztere liegt in Kommern hauptsächlich daran, daß viele Landstriche unserer Provinz politisch und wirtschaftlich unter der Fuchtel der Junker stehen, welcher der Nachschub der Bevölkerung zu entziehen hofft, indem er sich dem Baugewerbe zuwendet. Und unseren „Baumeistern“ sind ja möglichst anspruchslose junge Burken willkommene Ausbeutungsobjekte.

Unsere Umfrage hat leider nicht überall die nötige Beachtung bei den Kollegen gefunden. Unser Gau, der sich unter Ausschluß der östlichen Gede (der Kreise Bittow, Lauenburg und Stolp) über ganz Kommern, über die Kreise Ansbach, Prenzlau, Solbin und die Stadt Königsberg, der Provinz Brandenburg sowie über den östlichen Teil von Mecklenburg-Strelitz mit den Städten Friedland, Stargard und Woldegk erstreckt, hat etwa 90 Lohnbezirke. Nun sind uns zwar aus 85 Lohnbezirken Angaben gemacht worden, aber doch recht unvollständig, mancherorts ganz mangelhaft. Nach unseren Ermittlungen waren im Jahre 1906 in diesen Bezirken 616 Baunternehmer tätig, die in der Mauererei 607 Poliere, 6155 Gesellen und 1892 Lehrlinge beschäftigten. Daß aber die Zahl der Lehrlinge bedeutend größer ist, geht ohne weiteres aus den Nachweisen der Handwerkskammer hervor. Wir ziehen hier nur die Zahlen der Kammer für Kommern heran; danach waren im Jahre 1905 in dem Bezirk der Stettiner Handwerkskammer (Regierungsbezirk Stettin und Gollin) 1898 und in dem Bezirk der Stralsunder Kammer (Regierungsbezirk Stralsund) 304 Mauerlehrlinge eingeschrieben. Hieron wurden im Kammerbezirk Stettin 344 und Stralsund 104 zu „Mitteln“ geschlagen, d. h. 748 schieden als Gesellen aus dem Lehrlingsregister, so daß am Jahresabschluß 1454

Lehrlinge eingetragen waren. Es unterliegt aber wohl keinem Zweifel, daß eine ungefähr ebenso große Zahl von Lehrlingen neu hinzugekommen ist, so daß nach unseren Ermittlungen und den Nachweisen der Handwerkskammer eine Differenz von 810 Lehrlingen besteht; diese wird bestimmt nicht kleiner, wenn wir die nicht zu unserem Gau gehörenden pommerischen Kreise abrechnen und die brandenburgischen und mecklenburgischen Bezirke hinzuzählen. Nach den seitens unserer Zweigvereine angestellten Untersuchungen kommt auf 4,4 Gesellen ein Lehrling, nach den Zahlen der Handwerkskammer ist das Verhältnis aber bedeutend ungünstiger für die Gesellen, etwa 3:1.

Von den 1392 von unseren Zweigvereinen ermittelten Lehrlingen sind für 934 nähere Angaben gemacht worden. Da ist zunächst von allgemeinem Interesse, daß ein erheblicher Prozentsatz dieser „Burken“ den ersten Jünglingsjahre bereits entwachsen und daß die Zahl der vierzehnjährigen verschwindend klein ist. Dem Alter nach waren:

Jahre.....	14	15	16	17	18	19	20	21	
Lehrlinge.....	25	183	180	192	189	82	31	12	
Jahre.....	22	23	25	26	27	28	30	32	40
Lehrlinge.....	10	5	12	4	8	2	2	1	1

Demnach waren 165 Lehrlinge über 18 Jahre alt.

Im allgemeinen ist eine dreijährige Lehrlingszeit üblich und in der Regel dauert sie nicht über das achtzehnte Lebensjahr hinaus. Ob sich die höheren Altersstufen mit einer gewissen Regelmäßigkeit in jedem Jahre wiederholen, oder ob sie nur besondere Ausnahmen sind, vermögen wir nicht zu sagen, weil solchen Fragen bislang wenig Beachtung geschenkt worden ist. Von den 934 stehen 321 im ersten, 312 im zweiten, 286 im dritten und 15 im vierten Lehrjahre; auch darüber liegt kein Nachweis vor, wie sich die Altersstufen auf die Lehrjahre (1., 2., 3.) verteilen. Das vierte Lehrjahr ist vorläufig nur im Bezirk Neustettin eingeführt; der Versuch wird aber auch an anderen Orten gemacht. Manchem Meister scheint eine siebenjährige Lehrlingszeit als Ideal vorzukommen. Daß jemand von Vererbung der vereinbarten Lehrlingszeit das Spiel verläßt, kommt selten vor, so lange die Mauererei das Ziel der jungen Leute bleibt. Gewöhnlich steht die Ausbildung im Handwerk, besonders in den ländlichen Bezirken, auch auf einer so niedrigen Stufe, daß selbst nach Vollendung des dritten Lehrjahres viele Gesellen noch nicht das Selbstvertrauen haben, ihren Lehrmeister zu verlassen und anderswo die Kunst zu versuchen.

Um diese Zustände zu ändern und eine wirksame Lehre in allen Häusern des betreffenden Gewerbes zu gewährleisten, bedarf es natürlich anderer Maßnahmen, als Innungs- und Handwerksgesetze nach dem bisherigen Schema. Vor allen Dingen müssen die Volksschulen eine bessere Vorbildung und die Handwerkschulen eine bessere Nachschule und Fortbildung betreiben. Damit steht es im Gau Stettin freilich traurig aus. Von unseren 934 Mauerlehrlingen stammen 561 von Dörfern, und wie die Dorfchulen in Kommern, dem Junkerlände, beschaffen sind, ist ja hinreichend bekannt. Und mit den gewöhnlichen Fortbildungsschulen ist es nicht besser, sondern eher noch schlimmer bestellt. Aus 98 Orten, wo Lehrlinge gehalten werden, wurde uns berichtet, daß nur in 44 derselben den Mauerern Gelegenheit gegeben ist, eine Fortbildungsschule zu besuchen, und hier auch nur den Lehrlingen, wenn sie in der Stadt arbeiten und wohnen. Das will bedeuten: den Lehrlingen, die „Heberland“ arbeiten, wird nicht die Zeit gewährt, so früh die Arbeit zu verlassen, um rechtzeitig die Schule zu erreichen, und andererseits würden die auf dem Lande wohnenden Lehrlinge zu spät nach Hause kommen, sollten sie noch einige Stunden nach Feierabend den Unterricht genießen. Von den 44 Schulen unterrichten zudem nur 22 das ganze Jahr und 22 nur während des Winters. Und gerade an dem Unterrichts im Winter kann wiederum ein großer Teil der Mauerlehrlinge nicht teilnehmen, weil sie weit ab von den Städten durch alle mühsamen Arbeiten ihren Lebensunterhalt erwerben müssen. In 9 Schulen wird nur Sonntag-Vormittags, in 13 Schulen Sonntags und an zwei Abenden in der Woche und in 22 Schulen nur an zwei Abenden in der Woche unterrichtet. Die Unterrichtsstunden an den Werktagen liegen in acht Orten zwischen 8 und 10 Stunden, in einem Ort zwischen 8 und 9½, in zehn Orten zwischen 7 und 9, in 18 Orten zwischen 6 und 8 und in einem Ort zwischen 6 und 7½ Stunden. Mit dem Sonntagsunterricht glaubt man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können. Einmal geht den Unternehmern auch nicht ein Viertelstündchen Arbeitszeit der Lehrlinge verloren, andererseits sollen diese zwangsweise zum „Gottesdienst“ angehalten werden. Das letztere sagt ein Bericht der Stettiner Handwerkskammer ohne Umschweife. Sie weist darauf hin, daß die Religionsübungen oder die Andachtzeit, wie man sie nennen will, die dem Unterrichts an den Sonntag-Vormittagen regelmäßig vorgeht, doch die Gewähr gebe, daß die Lehrlinge wenigstens an Gott erinnert, auf Gottes Wort hingewiesen werden, was bei Beiseitigung des Sonntag-Vormittagsunterrichts doch auch mit Beiseitigung werde; denn daß die von dem Unterrichts am Sonntag befreiten Lehrlinge, namentlich in die Kirche gehen, um Gottes Wort zu hören, wird selbst der unerbittlichste Optimist nicht behaupten wollen. „Gottesdienst“ hat man freilich noch keinen Lehrling mit dieser „Andachtzeit“, im Gegenteil, die Art, wie sie auf manchen Stellen abgehalten wird, hat viele zurückgestoßen, wie feinerzeit eine Beschwerde beim Gesellenausschuss in Stettin beweist.

Ob unter solchen Umständen, bevor eine durchgreifende Verbesserung der theoretischen und praktischen Lehre eingetreten ist, eine Verkürzung der Lehrzeit rätlich erscheint, mag strittig erscheinen; stellenweise haben unsere Kollegen ein solches Verlangen kundgegeben. Auch von anderer Seite sind Anträge auf Verkürzung der Lehrzeit an die Handwerkskammer gebracht worden, jedoch nur für eine bestimmte Interessengruppe; die zukünftigen „Baumeister“ und Ingenieure glauben nämlich, ihrer praktischen Ausbildung in zwei Jahren genug getan zu haben. In einem Bericht der Stettiner Handwerkskammer wird darüber gesagt, daß sie veranlaßt worden ist, sich darüber zu äußern, „ob junge Leute, die sich im Besitz des Berechtigungsscheines zum einjährigen Militärdienst befinden, nicht gerade des-

halb mit einer zweijährigen Lehrzeit in die Lehre eintreten können“. Die Kammer hat sich zwar nicht generell für eine solche Vergünstigung ausgesprochen, sondern sie will im Prinzip an der dreijährigen Lehrzeit nicht rütteln lassen; es soll jedoch von Fall zu Fall entschieden werden, und bebrängte Lage der Eltern und gute technische Vorkenntnisse sollen entscheidend sein. Wir vermögen natürlich nicht einzusehen, weshalb solche Umstände mit dem „Einjährigen“ in Verbindung gebracht werden müssen. Selbstverständlich müssen gute technische, nicht minder aber praktische Kenntnisse und Fähigkeiten Vordingung der Lehrbeendigung sein, nicht nur für eine Kasse, sondern für alle. Es ist aber ganz verfehlt, wenn diejenigen, die sich später berufen fühlen, Bauwerke zu konstruieren und zu leiten und Arbeiten zu kontrollieren und zu begutachten, weniger von der Ausbildung der Praxis gelernt haben, als die ihnen unterstellten Arbeiter. Solche Herren sollten lieber ein Jahr länger in der praktischen Lehre bleiben. Keineswegs kann ihnen aber der durch einseitigen Drill errungene Berechtigungsschein zum einjährigen Dienst über das praktische Umdenken hinweghelfen.

Die Bezahlung der Lehrlingsarbeit ist auch der uns „unter aller Kanone“. Das sogenannte Kostgeld schwankt im ersten Jahre zwischen 8 und 12, im zweiten zwischen 9 und 18, im dritten zwischen 10 und 20 und im vierten Lehrjahre zwischen 15 und 20 S. Nur in wenigen Bezirken wird eine Kleinigkeit mehr bezahlt, und die über 20 Jahre alten Lehrlinge bekommen ausnahmsweise 25 bis 30 S. pro Stunde. Nun sollte man meinen, der Lehrmeister hätte über die Bezahlung hinaus noch die weitere Pflicht, sich um das leibliche Wohlergehen seines Lehrlings zu kümmern. Das geschieht in der Regel aber nicht. Wenn es zur „Heberlandarbeit“ geht, und die steht ja zeitweilig bei manchen Unternehmern immer, obenan, so muß der Lehrling, genau so wie der erwachsene Arbeiter, sehen, wo er bleibt; oft muß er sich glücklich schätzen, wenn ihm sein Nachtquartier nicht direkt zwischen dem Vieh angewiesen wird. Selbst in einigen Städten müssen die weit entfernt auf dem Lande wohnenden Gesellen und Burken mit „Eaufedern“ als Lagerstätte für sich nehmen. So hat beispielsweise Meister Vogel in Ullman ein Massenquartier in dem Keller seines Hauses eingerichtet, wo das einzige „Möbiliar“ aus Stroh besteht. Sobald mit dem Herbst die Mauerarbeit auf die Reize geht, dann kann auch der Mauerlehrling seinen Wanderstab nehmen und sich seinen Unterhalt suchen; denn die Zahlung des „Kostgeldes“ stellt der Meister sofort ein. Laut unserer Umfrage sind 540 Lehrlinge unseres Gewerbes auf Nebenbeschäftigung angewiesen; in Wirklichkeit dürften es aber noch einige Hundert mehr sein, die während des Winters in Papier-, Stärke- und Zuckerfabriken oder in sonstigen Industriezweigen und in der Fischerei, Forst- und Landwirtschaft in Unterkommen suchen müssen. Für den Aufkauf billiger Arbeitskräfte erweisen sich die Gutsbesitzer den Baunternehmern insofern „gefällig“, als sie den Lehrbüchern den inzwischen etwas abgelegenen Knackschinken wieder eintränken. So kommen beide Teile (wogu der Lehrling nicht gehört) auf ihre Kosten.

Daß in Bezug auf die Ausbildung und Unterhaltung der Lehrlinge viele Mängel bestehen, wissen auch die Handwerkskammern. Die Stettiner Kammer befindet sich wie folgt: „Die Lehrverhältnisse im Baugewerbe befinden sich in kleinen und Mittelstädten in einem Ruhezustande, der dringend der Reform bedarf“. „Durch Einstellen der Arbeit und durch Beschäftigungslosigkeit werden die Pflichten des Lehrherrn wieder gemindert und aufgehoben“.

Alles! Wenn die Handwerkskammer diese Erkenntnis hat, warum macht sie dann nicht ihren Einfluß etwas fühlbar geltend? Es liegt doch nicht mehr als alles im argen, und an Mitteln, zu helfen, fehlt es den Kammermännern nicht. Beispielsweise kann solchen Personen das Nachschicken der Lehrlinge zu halten, entzogen werden, die sich großer Pflichtverletzung gegen die ihnen anvertrauten Lehrlinge durch mangelhafte Ausbildung schuldig gemacht haben. Dies trifft doch zu, ellos in all den Fällen zu, wo den Lehrlingen keine Gelegenheit gegeben wird und wo sie nicht angehalten werden zum Besuch der Fortbildungsschule. Soll doch sogar der Lehrherr alle Mittel anwenden, um im Weigerungsfalle den Lehrling zum Besuch der Schule zu zwingen. Die Handwerkskammer kann ferner einschreiten, wenn in einem Betriebe eine im Verhältnis zu dem Umfang und der Art desselben stehende Zahl von Lehrlingen gehalten wird.

Wir finden aber auch gleich den Schlüssel, warum die Handwerkskammer nicht eingreift. Auf eine Eingabe des Gesellenausschusses, betr. Festsetzung der Höchstzahl der Lehrlinge für jeden Betrieb, hat sich die Stettiner Handwerkskammer u. a. wie folgt geäußert: „Bei dem anerkannt notorischen Lehrlingsmangel im Handwerk würde eine derartige Maßnahme geradezu unverständlich sein, um so mehr, als die Meister in kleinen und Mittelstädten außer einem Mangel brauchbarer und schaffbarer Gesellen außerordentlich leiden und infolgedessen darauf angewiesen sind, sich mehrere Lehrlinge zu halten, um Unterbrechungen und einschneidende Störungen ihres Gewerbebetriebes zu verhüten. Uns haben Handwerksmeister wiederholt versichert, daß sie einen antiständigen Gesellen sehr gerne gut bezahlen und wie ein Kind in der Hand zu behandeln würden, wenn sie überhaupt nur einen Gesellen bekommen könnten“.

Noch deutlicher wird die Kammer in den folgenden Sätzen: Die Beschränkung der Zahl der Lehrlinge in den Einzelbetrieben, worauf die Gesellvertreter in sehr durchsichtiger Weise hinwiesen, würde aber auch dann zu einem großen Unglück für viele Kleinmeister werden, wenn die in einzelnen Gewerben wiederholt hervorgetretene Absicht, eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen, Erfolg hätte. Das Annahmeverbot von Lehrlingen auf der einen Seite, hierzu das mangelnde Angebot brauchbarer Gesellen auf der anderen und nebenbei die Not, in der verkürzten Arbeitszeit die erforderliche Arbeit fertigzustellen, dieses würde in seiner Gesamtheit vollkommen genügen, um den Meister entweder zu Grunde zu richten, oder ihn dem unthätigsten Gesellen auf Gnade oder Ungnade auszuliefern“.

Gie wird also mit aller Deutlichkeit gesagt, daß es auf die Ausbildungsmöglichkeit der Lehrlinge so gut wie



gar nicht ankommt, sondern in erster Linie, oder überhaupt nur auf die Erhaltung einer rückständigen Kasse von „Handwerksmeistern“ und auf die Unterdrückung der berechtigten Interessen der Kultur gebotenen Arbeiterforderungen. Es fehlt nur noch, daß die Handwerkskammer ihre Begründung in die mathematische Formel gebracht hätte:

Forderung b. 1.3 Lohnzulage = Mehrertrag b. 1.2 Gehalt.  
 1.3 Arbeitszeitverl. = 1.2

Was aus den Lehrlingen wird? Nun, vorläufig führen sie ja ein wahres Schlaraffenleben dank der väterlichen Fürsorge ihrer Lehrmeister, und später geben sie diesen die schönste Gelegenheit, von dem Niedergang des Handwerks, von den Kämpfen zu zusehen. Dann stellt sich so ein Innungsgeheimnis, das sich seit seines Lebens durch Lehrlingsausbeutung ernährt hat, auf die Tribüne und verkündet der flammenden Welt, daß die Gesellen von heute kein ordentliches Stück Arbeit mehr machen könnten.

Gelegentlich können aber auch die Herren Baugewerksmeister anders singen. So berichtet z. B. der Vorsitzende der Sektion III (Stettin) der Norddeutschen Baugewerkschaftsvereinschaft das folgende: „Sehr auffällig bemerkt worden ist das Mißverhältnis in der Anzahl der beschäftigten Gesellen und Lehrlinge, das von vielen Betriebsunternehmern in ihren Betrieben unterhalten wird und das die Unfallgefahr selbst nur erhöhen kann, weil fabelhaft jugendliche, ungeübte Arbeitskräfte mehr beschäftigt werden. Es sind Betriebe angetroffen worden, in denen die Lehrlinge die Gesellen an Zahl und geleisteten Tagewerken um 100 p. 100 und mehr überwiegen.“

Auf dies schreiende Mißverhältnis führt der Berichtserichter die zunehmende Unzufriedenheit zurück, die „trotz beständiger Kontrolle durch technische Beamte“ für den Bericht der Sektion III zu konstatieren ist. Der Berichtserichter, der ja auch dem Bericht der Handwerkskammer nicht fernsteht, verlangt, daß den Lehrlingen und Gesellen theoretische Kenntnisse der Unfallverhütungsvorschriften beigebracht werde. Dazu haben aber die Lehrmeister keine Zeit, oder es fehlen ihnen selbst die Kenntnisse dazu. Fortbildungsschulen sind nicht genug vorhanden, und wo sie existieren, befehlen sie ihren Jüngern, weil den Lehrlingen keine Gelegenheit gegeben wird, sie zu besuchen. Praktische Kenntnisse kann sich der Lehrling nicht erwerben, denn ihm fehlt auf dem Bau die Anleitung; weil sich der Lehrmeister nicht darum kümmert. Hier heißt es für die Handwerkskammer: hic Rhodus, hic saluta!

Zum Schluß noch einige Angaben über die Zahl der Maurerlehrlinge bei Innungsmeistern und anderen Unternehmern und über einige Fälle von Beschäftigung. Nach der Angabe der Handwerkskammer waren eingeschrieben im Bezirk Stettin bei Innungsmeistern 848, bei Nichtinnungsmeistern 275.

„Görlitz“ „ „ 699, „ „ 176  
 „ „ „ 206, „ „ 99  
 Rosengärten wurden im  
 Bezirk Stettin bei Innungsmeistern 258, bei Nichtinnungsmeistern 104.

„Görlitz“ „ „ 228, „ „ 59  
 „ „ „ 80, „ „ 24  
 Die Zahl der Lehrlinge zu den beschäftigten Gesellen stand im Verhältnis von 1:2 in den Bezirken Anklam, Cammin, Colberg, Demmin, Jarmen, Wolzenberg, Schönfließ, Nedermünde; im Verhältnis von 1:3 in Belgard, Calles, Colberg, Hammerstein, Schlawa, Strasburg, Llesdow-Bollin, Woldegk; in Schlawa war es um 1902 herum 1:1. Viele Lehrlinge halten: Regel-Anklam 40, Burmeister-Anklam 37, Seltgatz-Demmin 24, Gänge-Demmin 15, Ute-Demmin 20, Wittdow-Calles 14, Brand-Jarmen 18, Henschel-Basewitz 25, Wleß-Stettin 35.

Wie ist es nun möglich, eine Besserung des Lehrlingswesens zu erzielen? Für den einzelnen Betrieb eine Höchstzahl von Lehrlingen festzusetzen, wird wenig nützen. Es kommt schließlich auf eins hinaus, ob ein „ehrlicher“ Handwerksmeister die jungen Leute ausbeutet und sie dann den Großbetriebern zur Verfügung stellt, oder ob sie diesen sofort als Arbeitskräfte zugetrieben werden. Beide wollen billige, willenlose Arbeitskräfte haben; daß ist der springende Punkt. Können wir dies hindern? Durch Maßnahmen seitens unserer Organisation scheint es kaum möglich zu sein, auf die Entlohnung der Lehrlinge einzuwirken. Vielleicht kommen wir später einmal dazu, auch Mindestlöhne für die Lehrlinge zu erlassen und die Lehrbetriebe zu zwingen, das „Kostgeld“, wie es in den Lehrverträgen heißt, zu erhöhen und auch während der Wintermonate zu zahlen; mag der Lehrmeister, wenn er keine Bauarbeiten auszuführen hat, die Lehrlinge anderweitig in den Regeln der Baukunst unterweisen, damit das Handwerk gründlich gehoben werde. Die Verbodkommunikation des theoretischen und praktischen Unterrichts müssen sich aber auch die Gesellen mehr als bisher angeeignet sein lassen. Auf den Arbeitsplätzen können sie das, soweit die Praxis in Frage kommt, aus eigener Macht schon jetzt tun. Leider lassen es gar viele Kollegen an liebevoller Behandlung und sachkundiger Unterweisung der Lehrlinge fehlen. Das muß natürlich in erster Linie besser werden. Der Lehrling muß zur Achtung vor dem Gesellen, aber auch zu Selbstgefühl erzogen werden. Natürlich muß auch theoretische Unterricht auf eine ganz andere Grundlage gestellt werden; und in dieser Hinsicht müßte der Einfluß der Gesellensauschüsse bei den Innungen und den Handwerkskammern bedeutend erweitert werden. Der Abendunterricht in den Fortbildungsschulen ist bei uns für die Kasse, es ist einfach unmöglich, daß die abgearbeiteten jungen Leute nach der Zurücklegung weiter Wege noch den Verneiner zeigen können, der nötig ist, um den Unterricht fruchtbar zu machen. Zudem können bei uns Hunderte von Lehrlingen, die „Leberland“ arbeiten. Abends die Schule gar nicht mehr erreichen. Soll die Schule einen Zweck haben, so muß mindestens ein halber, besser ein ganzer Tag in der Woche dafür freigestellt werden. Wer nicht übermäßig viel Lehrlinge hält, kann sich das auch ganz gut ohne große Geldschwierigkeiten leisten; und den berechtigten Lehrlingsausbeutern würde dadurch am meisten das „Handwerk“ geleistet werden. **Wlff. Schauer.**

## Der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter

berichtet über seine Mitgliederbewegung im ersten Halbjahr 1906. Danach ist die Zahl der Mitglieder und Beihilfen erheblich gestiegen, wie folgende Tabelle zeigt:

Mitgliederbestand am Schlusse des 2. Quartals 1906	1904	1905	1906
„ „ „ „ „ „ „ „	18414	21479	25732

Die Zunahme gegen das Vorjahr beträgt also 14 253.

Der Verband hat das Deutsche Reich in 16 Bezirke eingeteilt, auf die sich die Mitglieder wie folgt verteilen:

Bezirk	Mitglieder	Beihilfen
Baden-Württemberg	884	2765
Brandenburg-Pommern	1293	659
Bosnien	9920	529
Böden	863	1989
Hannover	2977	1705
Olden	4780	877
Mittel-Deutschland	2286	309
Münster	2671	1275

Der Schwerpunkt des christlichen Verbandes liegt also nach wie vor in Rheinland und Westfalen, und dies ist auch fast das einzige Gebiet, wo er aus eigener Kraft Wurzel gefaßt hat. In den meisten übrigen Bezirken verbandt der christliche Verband sein Dasein lediglich oder doch zum größten Teil den Unternehmern, die sich damit eine billige Arbeitsgruppe gegen die Forderungen der organisierten Arbeiterkraft schaffen wollten. Ob die „Christen“ dieser Spekulation dauernd gerecht werden, mag dahingestellt bleiben; das Schandmal, das sie sich in Königsberg und anderen Orten erworben haben, werden sie aber auch dann noch nicht verdrängen können, wenn schließlich die Unternehmer längt mit Goethes Forderung: „Lehrung der Lehrlinge haben: „Leben, Wesen in die Erde“ Andererseits haben aber auch unsere Kollegen vielerorts nicht unmerklich zur Stärkung des christlichen Verbandes beigetragen, indem sie recht untätig vorgehen, sowohl in der täglichen Agitation wie auch bei Inanspruchnahme von Lohnbewegungen. Wir wollen dies Kapitel heute nicht weiter verfolgen; die Notwendigkeit liegt aber vor, daß diese Frage demnächst einmal gründlich erörtert wird.

Der Vorstand des christlichen Verbandes setzt noch große Hoffnungen auf die Bezirke, die für die Organisation bisher noch „Wachstümmer“ sind, besonders auf Sachsen, Baden, Bayern, Pfalz, Saargebiet und Elsaß-Lothringen; auch Brandenburg und Pommern und vor allem Ostpreußen will er mehr als bisher zum Tummelplatz seiner Agitatoren machen.

Die Fluktuation der Mitglieder scheint nach dem Bericht etwas nachgelassen zu haben. Es wurden 8 800 Eintrittsgeld eingenommen, was 17 600 Neueingetretene ausmacht. Von diesen blieben 14 253, wieder verloren gingen 3347. Im ersten Halbjahr 1905 wurden hingegen 13 419 aufgenommen, von denen 7458 blieben, während 5961 wieder abgingen. Lieber die Zahl der dem christlichen Verband angehörenden Maurer sagt der Bericht nichts. Wahrscheinlich entfällt die kleinere Hälfte aller Mitglieder auf die Berufe der Hilfsarbeiter, Zimmerer, Stuckateure, Dachdecker etc.

## Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

### Rechnungs-Abjchluß für das 3. Quartal 1906.

(Zuli, August, September.)

#### Einnahme.

Vorer Bestand am 1. Juli 1906	59684,95
Zinsen von belegten Kapitalien	1839,50
Eintrittsgelder	1618,-
Beiträge in der 1. Klasse	107491,80
„ „ 2. „	116282,50
„ „ 3. „	6885,55
„ „ 4. „	1292,80
Gesamtsumme	9520,10

Erfolgleistungen von Berufsgenossenschaften und Unternehmern	2805,67
Zurückgegebene Kapitalien	6800,00
Sonstige Einnahmen: für Quittungsbücher, Strafgelder usw.	827,10
Summa der Einnahmen	375942,77

#### Ausgabe.

Für ärztliche Behandlung	27817,05
Für Arznei und sonstige Heilmittel	20260,20
Krankengeld:	

a) An Mitglieder der 1. Klasse	40401,80
„ „ 2. „	42763,-
„ „ 3. „	4042,20
„ „ 4. „	552,-
Summe	87759,-

b) An Angehörige	4900,04
Sterbegeld für Mitglieder der 1. Klasse	2760,-
„ „ 2. „	8350,-
„ „ 3. „	620,-
„ „ 4. „	100,-
Summe	6830,-

Kur- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten	17151,23
Zurückgegebene Beiträge und Eintrittsgelder	48,75
Für Kapitalanlagen	119000,-
Verwaltungsausgaben:	

a) persönliche	18085,18
b) sachliche	4927,32
Summe der Ausgaben	23012,50
Summa der Ausgaben	306774,77

#### Abjchluß.

Summa der Einnahmen	375942,77
Summa der Ausgaben	306774,77
Ergebnis einbaren Bestand am 30. September 1906	69168,-

#### Vermögensausweis.

Vorer Bestand am Schlusse des 3. Quartals	69168,-
Belegte Kapitalien	782850,90

Demnach beträgt das Gesamtvermögen am 30. September 1906: 852018,90

Nach dem Abjchluß des 2. Quartals betrug das Ver- 741971,85

Demnach am Schlusse des 3. Quartals 1906 ein 60479,05

Verwaltungsstellen und 34 305 Mitglieder.

Altona, den 27. November 1906.

Karl Reiff, Hauptkassierer.

Dieser Rechnungsabjchluß ist von uns revidiert, mit den Büchern und Belegen übereinstimmend befunden. Die belegten Kapitalien sind uns nachgewiesen, der Darbestand uns vorgelegt.

Für den Ausjchluß:

A. Schmidt, Joh. Stanningk, Heinr. Schölze.

In der Woche vom 25. November bis 1. Dezember sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Wlford M. 1000, Lübeck 600, Sieglitz 400, Hamburg-Eppendorf 200, Scharnbeck 200, Wlffrow 100, Teterow 100, Stavenhagen 100, Wlffrowburg 100, Neubrandenburg 100. Summa M. 2900.

Zufußüsse erhielten: Wittenberge M. 200, Karlsruhe 100, Eberghausen 100, Wlffrowburg 100, Neudorf 100, Wlffrow 100, Wlffrowburg 100, Wlffrowburg 100. Summa M. 700.

In der Woche vom 2. bis 8. Dezember sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Wlffrow M. 400, Wlffrow 350, Wlffrow 300, Frankfurt a. d. O. 800, Wlffrow 250, Wlffrow 200, Wlffrow 200, Wlffrow 100, Wlffrow 100, Wlffrow 100, Wlffrow 100, Wlffrow 100. Summa M. 2500.

Zufußüsse erhielten: Magdeburg M. 300, Wlffrow 150, Wlffrow 100, Wlffrow 100, Wlffrow 100, Wlffrow 100, Wlffrow 100, Wlffrow 100, Wlffrow 100, Wlffrow 100. Summa M. 940.

Karl Reiff, Hauptkassierer, Wlffrowburg 57.

## Vom Bau.

### Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionsen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Wlffrow. Freitag, den 30. November, führte bei einer Reparatur der Mauer Wlffrower Mauer vom Dache herunter. Schuld an dem Unfall ist das fesselnde Schloßvorrichtung. Die Arbeit hatte der in Wlffrow und Umgebung wohlbekannte Baumeister Gärner übernommen. Dieser Baumeister beschäftigt mit Vorliebe unorganisierte Arbeiter, die drei Jahre bei ihm als Handlanger arbeiten und dann bei Reparaturarbeiten als Maurer verwendet werden; und dabei ist der Herr Baumeister Obermeister der Innung, die vorgibt, durch eine geregelte Schicht und Einführung der Gesellen- und Meisterprüfung das dann niederliegende Handwerk wieder auf einen grünen Zweig bringen zu können. Der verunglückte Kollege hat einen Arm- und Beinbruch und außerdem eine Gehirnverletzung erlitten. Er war im vorigen Jahre mit am Streik beteiligt, hat aber auf Drängen seiner Frau und des Baumeisters kann dem Verbandsrat gesagt. Das dürfte er jetzt bitter bereuen, denn sein Meister wird ihn wahrscheinlich nicht unterfragen, während seine Kollegen doch wohl seine größte Not durch eine kleine Sammlung lindern hätten, wie sie dies bei anderen Kollegen schon wiederholt getan haben.

Berlin. Auf dem Abgrundstück Rotherstraße Nr. 104 hat sich Montag Abend, den 26. Dezember, ein bedauerlicher Unglücksfall zugetragen. In der dritten Etage waren eine Anzahl von Arbeitern damit beschäftigt, die Balken aus dem Fußboden herauszulösen, und hierbei erhielt der 52jährige Julius Zepke, der an der Außenfront stand, einen so unglücklichen Stoß von der Brust, daß er stützelos in die Tiefe hinabfiel. Mit geschmetterten Gliedern blieb der Bedauernswerte unten liegen. Als ein Arzt hinzukam, war 3. bereits an den Folgen eines ertretenen Schädelschusses gestorben. Am 30. November stürzten an dem Bau Wlffrow in der Rotherstraße in Wlffrow ein Mauer und zwei Schloffer von einem 3 m hohen Gerüst ab und trugen Verletzungen davon, die ärztliche Hilfe notwendig machten. Das Gerüst war von dem Polier in höchst schlüssiger Weise aufgestellt worden.

Lübeck. Am 23. November ereignete sich auf dem Neubau des Warenhauses Holtenstraße, das die Firma Blum & Sohn ausführt, ein Unglücksfall. Stein- und Kalkträger, die sich zum ersten Gange auf der zwei Etagen hohen Leiter befanden, brachen mit derselben durch. Drei Bauarbeiter erlitten hierdurch mehr oder weniger schwere Verletzungen, so daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußten. Der Unglücksfall ist darauf zurückzuführen, daß die Leiter nicht mit der nötigen Sorgfalt abgeheftet war. Bei derselben Firma führte infolge des Sturmes am 30. November auf der Oelmühle in Stiens, dem neuen Industriegebiet bei Lübeck, der bis zu 20 m Höhe gebaute Speicher zur Hälfte in sich zusammen. Der Speicher, der eine Länge von 38 m und 38 m Höhe haben soll, war in der Mitte durch eine Schwachung geteilt. In der fliegenden Hälfte waren schon die Betonarbeiten fertig, in der eingefüllten Hälfte noch nicht. Die Wände sollen nicht abgeheftet gewesen sein. Glücklicherweise wurden die am Bau beschäftigten Arbeiter rechtzeitig gewarnt, sonst wäre ein unabsehbares Unglück passiert.

Wlffrow. Am 6. Dezember, Nachmittags nach 4 Uhr, ereignete sich in dem Neubau Tief ein schwerer Unfall. Der Maurer Peter Wlffrow, Vater von Gedtsheim war mit dem Abbruch einer Mauer beschäftigt, als sich plötzlich ein Stück der Mauer von circa 3 bis 4 Kubikmeter loslöste und den Bedauernswerten erbrühte. Es kostete viele Mühe, den



Verunglückten von der Last zu befreien. Der Verunglückte wurde auf Selbstverleugung der Drosche nach seiner Wohnung in Hechheim gefahren. Der Arzt von Hechheim ordnete seine sofortige Überführung ins Hospital an. Auf dem Wege von Hechheim nach Mainz ist der Verunglückte gestorben, wahrscheinlich an innerer Verblutung. Wir geben etwas näher auf den Unfall ein. Der frühere Zieglerbau wurde bis zur Straßenhöhe niedergelegt. Um rasch den Neubau aufzuführen, hat man die alte Mauer stehen lassen; die Pfeiler für den Neubau hat man unter der stehenden alten Mauer ausgegipst und auch neu aufgemauert; so wurde die alte Mauer, die 1,20 m dick ist, von unten nach und nach abgebrochen, wodurch sich auf einmal eine große Masse löste und das Unglück verursachte. Ein junges Menschenleben ist wieder auf dem Schlichtfeld der Arbeit dahingerafft worden, nur aus lauter Profitgier. Wäre die Mauer von oben abgebrochen worden, wäre der Unfall sicher nicht eingetreten.

**Matr. 1. 1. 1906.** Am 28. November führte bei dem Erweiterungsbau in der Stralschen Gießerei circa 25 laufende Meter Frontmauer, die bereits 7 m hoch war, beim Richten in sich zusammen. Dabei wurden fünf Zimmerleute durch Querschüssen und Verletzungen verletzt und drei Mauerer erhielten nur leichte Verletzungen. Die Ursache des Einsturzes ist noch nicht bestimmt festgestellt, dürfte jedoch auf zu schnelles Aufführen der Bauarbeiten und darauf zurückzuführen sein, daß die Zimmerer auf die durchgehenden Unterbalken gelegt hatten.

**St. 3. 1. 1906.** Samstag, den 1. Dezember, ereignete sich auf dem Bau des Unternehmers J. ein schwerer Unglücksfall. Der Kollege Weissinger führte aus dem dritten Stockwerk in die Tiefe, wobei er sich schwere Verletzungen zuzog. Der Unfall ereignete sich da, wo die schweren Stauisen in die Höhe gegogen wurden und infolgedessen alles bis auf den Boden offen war. Nachdem dem Angeklagten im gegenüberliegenden städtischen Bad ein Verband angelegt war, wurde er nach dem Krankenhaus transportiert.

**Ein Bauunfall vor Gericht.** Wegen fahrlässiger Tötung und Vergehen gegen die Regeln der Baukunst hatte sich der Bauunternehmer Peter Maus aus Offenbach vor dem Landgericht in Darmstadt zu verantworten. Der Angeklagte ist schon zweimal wegen Angeklagtung der Unfallversicherungsvorschriften verurteilt. Am 29. Juni 1905 fiel der in erster Instanz angeklagte Erster an einem vom Angeklagten aufgeführten Hause am Fienbürging, nachdem die Stützen, die den Erker trugen, weggenommen waren, herunter. Dabei wurde ein Mauerer getötet. Das Unglück ist dadurch geschehen, daß die aus Sandstein hergestellten Platte, auf dem der Erker ruhte, brach. Der Angeklagte hatte sich von dem Architekten Walter einen Plan machen lassen, nach dem der Erker von oben gehalten und unten auf einer Sandsteinplatte ruhen sollte. Eine Ausführung des Baues nach diesem Plan wäre nach den Aussagen des Sachverständigen Professor Wiehop zulässig gewesen, aber bei der Ausführung wurde von den Plänen des Architekten abgewichen. Die Konstruktion, die den Balkon von oben halten sollte, ist nicht so ausgeführt worden, wie sie der Architekt vorgesehen hatte. Infolgedessen ruhte die drei Meter hohe Last auf der Sandsteinplatte. Außerdem war die Platte, die im Mauerwerk eingefügt war, zu tief ausgefränt, und das Unglück konnte nicht ausbleiben. Der Sachverständige bejaht die Frage, ob gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst verstoßen worden sei. Die Platte war viel zu sehr belastet. Der Fall, so führte Professor Wiehop aus, sei ein Beispiel dafür, daß auch die allgemeinen Verhältnisse im Bauwesen bei beratenden Fällen einen Teil Schuld tragen. Es sei nicht klar, wofür der Architekt, der Unternehmer oder der Polier eigentlich verantwortlich seien. Es sei bedauerlich, daß heute Bauten das Leben überlassen würde, die Sache nicht genügend verstanden. Der Staatsanwalt führte aus: Der Angeklagte, der selber nicht genügend fachständig sei, hätte sich einen fachverständigen Bauleiter nehmen sollen. Demgegenüber machte der Verteidiger Plann geltend, daß Maus schon seit 25 Jahren in Offenbach tätig sei und daß er sich den Plan zu dem Bau von einem Architekten, also von einem für sehr fachverständigen Mann, habe anfertigen lassen. Wenn aber die Platte mehr ausgefränt wurde, als in den Plänen von Walter angegeben war, so könne der Angeklagte nicht dafür verantwortlich gemacht werden, denn er könne sich nicht um jede Kleinigkeit kümmern. Dazu hätte er seine Leute. Wenn sich diese nicht nach dem Plan, den der Architekt entworfen hätte, gerichtet hätten, so könnte er nichts dafür, da er annehmen dürfte, daß er sich auf seine Leute verlassen könne. Der Angeklagte wurde zu 4.000 Geldstrafe verurteilt wegen Vergehens gegen § 330 des St.-G.-B. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Angeklagte wider die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst verstoßen habe, daß hieraus für andere Gefahr entstanden sei. Von der Anlage wegen fahrlässiger Tötung wurde Maus freigesprochen. Das Gericht nahm an, daß er infolge seiner mangelhaften Sachkenntnis den Tod eines Menschen als mögliche Folge seines Tuns nicht habe voraussehen können.

**Gegen die Veranlassung von Arbeitern zur Ausübung der Baukontrolle** hat der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister in einer Eingabe an den Bundesrat und den Reichstag nochmals Stellung genommen.

Bekanntlich hat der Reichstag nach dem Vorschlag seiner XI. Kommission in zweiter Lesung des Gesetzesentwurfs betreffend die Verordnung der Gewerbeordnung beschlossen:

- 1) tunclich bald einen Gesetzentwurf, betreffend Änderung der Gewerbeordnung, vorzulegen, in welchem vorgeschrieben wird, daß besondere Beamte für die Baukontrolle (§ 139 d.) in genügender Zahl, angestellt und gewählte Vertreter der Arbeiter bei der Kontrolle zugezogen werden.
  - 2) Verordnungen zum Schutz der Bauarbeiter auf Grund des § 120 e der Gewerbeordnung zu erlassen.
- Der gesetzgebende Ausschuss des Innungsverbandes wiederholt in keilweisem verächtlicher Tonart alle die früher schon von ihm gemachten Einwendungen. Er behauptet zunächst, die baugewerblichen Arbeitgeber-Organisationen hätten alle Bestrebungen zur Erlangung eines möglichst

umfassenden Schutzes der Bauarbeiter durch den Erlaß ausreichender Unfallversicherungsvorschriften, sowie Einführung einer verlässlichen Kontrolle durch die seit 1900 zulässige Anstellung technischer Aufsichtsbeamten „bereits vollständig unterstützt“. (12) Die Angriffe der Arbeiterführer gegen die Ausführung dieser Vorschriften und gegen die „angeblich“ ungenügende Zahl an Aufsichtsbeamten seien „ungerechtfertigt“. (13) Viele der Unfälle seien „tatsächlich auf die zunehmende Gleichgültigkeit der Arbeiter infolge des ihnen gewährten sozialen Schutzes zurückzuführen“. (14) Diese frivole Behauptung wird am besten widerlegt durch die Tatsache, daß die organisierte Arbeiterschaft seit dem Bestehen der Unfallversicherung einen harten Kampf mit dem Unternehmertum um gute und ausreichende „Unfallversicherungsbedingungen“ und „Maßnahmen“ führt.

Die Herren Felsch und Genossen treiben wieder mal mit der Statistik Schumbug. Sie schreiben:

Nach den von der Norddeutschen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft für das Jahr 1901 veranfaßten Erhebungen über alle gemeldeten Betriebsunfälle sind von den tödlichen Verletzungen 52,9 pSt auf eigene oder der Mitarbeiters Schuld, 43,8 pSt auf Zufälligkeiten und unermessbare Betriebsgefahr und nur 3,6 pSt auf die Schuld der Arbeitgeber zurückzuführen. Nach Erhebungen des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1897 wurden bei den zwölf Baugewerks-Vereinsgenossenschaften von den einschlägigen Verletzungen 29,58 pSt durch Schuld der Arbeiter und nur 17,38 pSt durch mangelhafte Betriebsbedingungen u. herbeigeführt. Für die von der Organisationsleitung der Bauarbeitnehmer in dieser Beziehung ganz besonders scharf angegriffene Norddeutsche Baugewerks-Vereinsgenossenschaft stellen sich diese Zahlen noch erheblich günstiger, indem bei dieser 32,54 pSt der Unfälle durch die Schuld der Arbeiter und Mitarbeiter, und nur 11,70 pSt durch mangelhafte Betriebsbedingungen u. herbeigeführt wurden.“

Die Baugewerks-Vereinsgenossenschaften sind ja von jeher bemüht gewesen, die Hauptschuld an den Arbeitsunfällen den Arbeitern beizumessen, um so über die wirtschaftliche schwere Schuld des Unternehmertums hinwegzukommen. Daß derartige „Nachweisungen“ nicht der Wahrheit entsprechen, ist sowohl öfter unterseits in diesem Blatte, als auch erst kürzlich wieder im Reichstag vom Abgeordneten Böhmert überzeugend festgestellt worden. Und wer die Erhebungen des Reichsversicherungsamts objektiv, genau und gewissenhaft prüft, kommt zu einem anderen Resultat, als die Zeitung des Innungsverbandes. Wären die Herren Felsch und Genossen ihre tendenziösen Umkehrungen noch so oft wiederholen, sie gewinnen dadurch keine überzeugende, sondern eine immer mehr gegen ihre Urheber wirkende Kritik.

Die Herren wenden wieder den alten plumpen Schiss an, nicht von den Arbeitern des Baugewerks, sondern von den „Arbeiterführern“ zu sprechen. Diese bösen Menschen sind es, die den Varn um die Beteiligung der Arbeiter an der Baukontrolle verursachen. So schreiben die Herren Felsch und Genossen:

Wenn die Arbeiterführer trotzdem — nämlich trotz der vorgelegten „erfreulichen“ Resultate der Kontrolle durch die technischen Aufsichtsbeamten der Vereinsgenossenschaften — fortgesetzt eine stärkere Kontrolle der Bauten durch Organisation selbst gewählter Arbeiter fordern, so geschieht das hauptsächlich, weil sie sich, und auch mit Recht, von einer solchen Einrichtung eine Erhaltung ihrer Organisation versprechen; sachliche Gründe sprechen bei der Forderung nicht mit, denn es liegt auf der Hand, daß die Arbeiter ihrer ganzen Vorbereitung nach zur Ausübung einer fachverständigen Kontrolle gar nicht ausreichend befähigt sind. Für alle Fragen, die sich bei der Ausübung dieser Kontrolle auf die Konstruktion, die Eigenschaften von Baumaterialien, sowie auf die Beschaffenheit von maschinellen Einrichtungen erstrecken, besitzen die Arbeiter keine genügende Vorbildung, und für Gerüst- und Schutvorrichtungen, die für eine Beurteilung durch die Arbeiter allein in Betracht kommen können, liegt nach dem Vorzusatzes am allerwenigsten ein Bedürfnis vor.“

Das zu behaupten, ist nicht nur frivole, sondern auch entsetzlich dumm. Denn das Mauer-, Zimmer-, Gefäß- u. Arbeiter, die beständig in eigener Person mit allen möglichen Unfallgefahren zu rechnen haben und eine gründliche praktische Erfahrung besitzen, „nicht fähig“ sein sollen zur Ausübung einer fachverständigen Kontrolle, — das glaubt den Herren Felsch und Genossen kein Mensch mit normalem Verstand.

Schließlich wird die alte Schwindelphorie wiederholt. „Daß die Baukontrolle durch Arbeiter zu ganz unübersehbaren Zuständen führen und die Arbeitgeber in ein unwürdiges Verhältnis den Arbeitnehmern gegenüber bringen muß.“ Die Rentner bitten den Reichstag und den Bundesrat, der erwähnten Resolution „die Zustimmung aus grundsätzlichen Erwägungen und politischen Gründen zu verweigern und bekräftigen zu wollen, daß die Regelung einer genügenden Baukontrolle zum Schutze der Arbeiter wie bisher den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten vorbehalten bleiben muß.“

Beim Reichstage werden die Rentner mit dieser Witterung kein Glück haben; da wird die Resolution von einer leichten Mehrheit auch in dritter Lesung des Reichstages angenommen werden. Im Bundesrat freilich dürfte sie leider kaum eine zukunftsreiche Mehrheit finden, zumal die preussische Regierung sich sehr entschieden sowohl gegen die Befähigung der Arbeiter an der Baukontrolle, als auch gegen die reichsrechtliche Regelung des Bauarbeiter-schutzes ausgesprochen hat.

**Schutzgerüste.** In der Baugewerks-Rg. Nr. 96 wird ein Schutzgerüst für Dachdecker-beschäftigte, das allen an eine solche Vorrichtung zu stellenden Anforderungen genügen soll; es wird als „wesentliches Arbeits- und Schutzgerüst“ „Gut auf“ bezeichnet. Die Befestigung des Gerüsts geschieht am Fuße des Daches. Die einzelnen Gerüstteile werden entweder in Dachbalken, die in den Dachbalken eingelassen oder eingeschränkt oder vermittels eines oberen Bandes um den Dachsparren herum befestigt sind, oder in gut befestigten Schen-

keln, oder mit einem an dem Gerüstboden befindlichen Balken Winkel in eine eventuell vorhandene Kastenrinne eingehängt. Das Gerüst hat einen oberen und einen unteren Boden. Der obere kann sofort benutzt werden, wenn es sich um Eindeckungsarbeiten handelt, der untere Boden, der 40 bis 80 cm tiefer gelegt werden kann als der obere, wird benutzt, um an Wänden, Giebelabdeckungen usw. Arbeiten vorzunehmen. Die Abdeckungen bieten einen absoluten Schutz gegen das Herunterfallen von Personen und Materialien.

Die Tragfähigkeit der Gerüste wird nach der statischen Berechnung und graphischen Zerlegung der Gerüstböden als so weitgehend bezeichnet, daß sie für alle Arbeiten im Dachdecker- und Klempnerberuf völlig genügt. Probebelastungen von 5 Zentnern pro Gerüstfuß haben nicht das geringste Nachgeben irgend eines der Elemente gezeigt.

Dieser Bericht und die ihm in der „Baugewerks-Zeitung“ beigegebenen Abbildungen lassen leider eine Hauptfrage unbeantwortet: Wie läßt sich das Gerüst gefahrlos anbringen und wieder beseitigen?

## Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

### Der Kampf um die Unfallrente.

Schon öfter haben wir darauf hingewiesen, daß der Kampf um die Unfallrente mitunter recht schwer und auch langwierig ist. Sofern die Vereinsgenossenschaften einen Unfall nur irgendwie bestreiten können, so geschieht es, wenn man die Baugewerks-Vereinsgenossenschaften seinen Unterschied, wie an nachstehend erwähnten zwei Fällen bewiesen werden soll.

#### a) Stichtag als Betriebsunfall.

Am 4. August 1905 war der Zimmerer G. in Großtreben damit beschäftigt, auf der Dorfstraße zu einem Bauhauz zu arbeiten. Beim Durchschneiden eines Baumstammes fiel G. plötzlich um; er wurde sofort auf einen Wagen gelegt und nach Hause gefahren; unterwegs trat dann der Tod ein. Als Todesursache hat Dr. D. in Wehring Stichtag angegeben. Da die hinterlassene Witwe nebst ihrem minderjährigen (unter 16 Jahre alt) Kinde von der badenburgerischen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft die Zahlung der hinterbliebenen Witwe beanspruchte, stellte die Vereinsgenossenschaft Ermittlungen an. Sie ergaben, daß am Unfalltag Nachmittags die Temperatur 81,8 Grad Celsius betrug, daß ein leiser Wind aus dem Nordwesten her wehte und daß die Arbeit des Verstorbenen eine betriebsübliche war. Darauf wies die Vereinsgenossenschaft die Witwe mit ihrem Rentenanspruch ab, weil ein Betriebsunfall nicht vorliege.

Kunmehr wurde Berufung beim Schiedsgericht eingelegt und damit begründet, daß der Arbeitsplatz unmittelbar an einen Giebel grenzte, der von der Sonne beschienen wurde und die Hitze zurückstrahlte habe. Schatten sei nicht vorhanden gewesen. Die angestellten Ermittlungen des Schiedsgerichts ergaben, daß der bestrahlte Giebel etwa 1 1/2 m von der Grundstücksecke entfernt gewesen. Die fragliche Arbeit soll keine außergewöhnliche, sondern nur eine gewöhnliche und betriebsübliche gewesen sein. Trotzdem sprach das Schiedsgericht der Witwe die Rente zu. Wenn auch nicht für völlig erwiesen, so sei doch im hohen Maße wahrscheinlich, daß die ungenügende Lage des Arbeitsplatzes des Verstorbenen seinen Tod in erster Linie verursacht habe. War die an dem Todestage herrschende Temperatur an sich schon eine den Eintritt eines Stichtages bei dem im Freien ohne Schatten und direkt der Sonnenbestrahlung ausgesetzten Personen in hohem Grade begünstigende, so war die Gefahr für den Verstorbenen im vorliegenden Falle um so höher, als er ganz in der Nähe einer von der Sonne bestrahlten Wand seinen Arbeitsplatz hatte und daher neben der direkten Sonnenbestrahlung auch der Einwirkung der von der fraglichen Wand zurückgeworfenen Strahlen ausgesetzt war.

Gegen diese Entscheidung legte die Vereinsgenossenschaft Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein mit der Begründung, daß Betriebsunfall nur dann angenommen werden könne, wenn der Schlagsanfall unter besonders erschwerenden Umständen bei der Berufstätigkeit den P. betroffen hätte. Dies sei aber nicht der Fall, denn die Arbeitsstätte auf der Dorfstraße sei keineswegs von der Luft abgeschirmen gewesen und dann hätte am 4. August 1905 nach der Auskunft des königlichen preussischen Meteorologischen Instituts ein gelinder Wind weht, der den Stichtag gänzlich ausgeschlossen habe. Endlich sei auch die Betriebsarbeit nur eine gewöhnliche gewesen.

Das Reichsversicherungsamt aber belieh der armen Frau nebst dem Kinde die Rente und wies die Vereinsgenossenschaft mit ihrem Rekurs ab. Nach feststehender Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts sind Entnahmen, die bei der Betriebsfähigkeit eintreten, dann als Betriebsunfälle anzusehen, wenn der Betroffene durch seine Tätigkeit im Betriebe der Gefahr einer solchen Entnahme in erhöhtem Maße ausgesetzt gewesen und diese plötzlich infolge der Betriebsfähigkeit aufgetreten ist. Die Höhe des höchsten Aufwärtages hatte den Arbeitsplatz ausgesetzt beeinflusst und den Körper des P. wesentlich geschwächt. Aus dem Umstand, daß er nur die betriebsübliche Arbeit verrichtet habe, folge nicht mehr, als daß der Betrieb vielleicht nicht die alleinige Ursache des Stichtages gewesen sei, als wesentlich mitwirkende Ursache müsse er aber angesehen werden. Die Feststellung, daß die tödliche Entnahme durch die eigentlichen Betriebsverhältnisse innerhalb eines kurzen Zeitraumes wesentlich mit veranlaßt worden sei, genüge für die Begründung der Entschädigungspflicht der Vereinsgenossenschaft.

#### b) Blutvergiftung als Betriebsunfall.

Am 2. Dezember 1905 verstarb der Mauerer G. in St. Micheln an Blutvergiftung. Auch hier beanspruchte die hinterlassene Witwe die Hinterbliebenenrente, weil der Tod die Folge eines Betriebsunfalles gewesen sei. Sie behauptete, ihr Mann habe sich in dem Betriebe des Maurer- und Zimmermeisters B. zu Micheln am linken Mittelfinger eine Wunde zugezogen, die der Ausgangspunkt der Blutvergiftung gewesen sei. Die hier angestellten Ermittlungen ergaben folgendes Resultat: Von den Mit-



arbeiten des E. hat niemand gesehen, wann und wo er sich die Mißwunde zugezogen hat. Soweit zu ermitteln war, hatte sich E. die Mißwunde am 25. November 1905 zugezogen. Ein Zeuge konstatierte, daß E. in der Zeit vom 27. bis 30. November einen Finger verbunden habe, während ein anderer Zeuge betonte, E. sei am 27. November in seiner Wohnung mit einem verbundenen Finger erschienen und habe sich den Verband dort erneuern lassen. E. habe bei dieser Gelegenheit über Schmerzen geklagt und erzählt, daß er sich am 25. November auf dem Bau an einem Steine geschnitten habe. E. hat die Verletzung zunächst wie das wohl bei Maurern, Zimmerern, Bauarbeitern in der Regel der Fall sein dürfte, nicht beachtet und weiter gearbeitet, bis am 1. Dezember der linke Arm answoll. Der zu Rate gezogene Arzt legte einen Verband an und ordnete die sofortige Ueberführung des E. in die chirurgische Klinik nach Halle a. d. S. an. Dort verstarb E. schon am nächsten Tage an Blutvergiftung. Der zuerst zu Rate gezogene Arzt erklärte, die Blutvergiftung sei auf die geringfügige, nicht beachtete Verletzung zurückzuführen. Ob diese Verletzung bei der Arbeit entstanden sei, wisse er nicht, da E. bei seiner Ankunft völlig gesund gewesen sei. Die Ehefrau des Verletzten habe ihm aber gleich bei der ersten Untersuchung — bevor sie eine Abnahme von der Schwere der Erkrankung hatte — erklärt, daß sich ihr Ehemann die Fingerverletzung etwa eine Woche zuvor zugezogen habe.

Die Genossenschaft lehnte hierauf die Gewährung der Hinterbliebenenrente ab und das Schiedsgericht schloß sich dem an. Zwar liege die Möglichkeit, daß sich der Verstorbene bei der Verletzung bei der Betriebsarbeit zugezogen, vor, aber ebenso sei auch die Annahme, daß er die Verletzung außerhalb des Betriebes erlitten, nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Auf alle Fälle fehle der direkte Beweis, daß sich E. die Verletzung bei der Arbeit zugezogen habe.

Auf eingelegten Rekurs sprach das Reichsversicherungsamt der Witwe aber die Rente zu. Dem Schiedsgericht sei zwar darin beizutreten, daß ein zwingender Beweis dafür, daß der verstorbene Maurer E. sich die durch Blutvergiftung zu Tode führende Fingerverletzung im Betriebe zugezogen habe, nicht geführt sei. Inzwischen habe der Rekursenat auf Grund des Gesamtergebnisses der Ermittlungen diese Tatsache doch für genügend glaubhaft gemacht erachtet. Die Ehefrau habe den Arzt sofort auf die Verletzung aufmerksam gemacht, ferner habe sich der Verletzte bei dem einen Zeugen den Finger verbinden lassen, dann aber sei zu berücksichtigen, daß die Tätigkeit als Maurer sehr geeignet sei, Fingerverletzungen und im Einfluß daran Blutvergiftungen zu verursachen. Diese Umstände reichen, trotz des Fehlens eines Augenzeugen des Unfalls, aus, um den Betriebsunfall als ausreichend erwiesen zu erachten und die Beflage zur Gewährung der Witwenrente zu beurteilen, da an dem ursächlichen Zusammenhang zwischen der Fingerverletzung, der Blutvergiftung und dem Tode nicht zu zweifeln sei.

In beiden Fällen muß die Magdeburgische Baugewerkschaftsgenossenschaft nun die Hinterbliebenenrente zahlen. Der zweite Fall lehrt uns aber, daß die Kollegen auch die geringsten Unfälle sich merken und sich sofort Tag und Stunde, des Unfalls aufnotieren, ebenso sich die Zeugen merken müssen.

## Polizei und Gerichte.

\* **Streikfänger.** Wegen Streikvergehens hatten sich die beiden Kollegen Emil Staar und Richard Wolf am 3. Dezember vor dem Schöffengericht in W i d a u zu verantworten. Beide sollen den „arbeitswilligen“ Maurer Ullmann während des Maurerstreiks, am 25. Juli, gemeinlich öffentlich mit den Worten „Schuft, Lump“, „Ich frätscht werden wir schon noch kriegen“, beleidigt haben. Staar soll ihm auch ins Gesicht gespuht haben. Beide Angeklagten bestritten, Ullmann überhaupt angeprochen zu haben. Beide geben zu, wohl am genannten Tage mit noch mehreren Kollegen die Glauchauerstraße heraufgegangen zu sein. Wolf will wohl Ullmann gesehen, ihn aber gar nicht beachtet haben. Staar will Ullmann überhaupt nicht gekannt haben. Zeuge Ullmann bleibt aber dabei, daß es die beiden gewesen sind. Auf Vorhalt des Verteidigers konnte er aber nicht bestreiten mehr sagen, wer von beiden Schuft oder Lump sagte, sondern er stützt sich auf den Zeugen Reisinger, der von Anfang bis Ende mit ihm gegangen sei. Er hätte zu keinen Straf Antrag gestellt, aber sein Vater hätte ihn dazu aufgefordert. Zeuge Reisinger sagt nun aus, er könne nicht behaupten, daß es die beiden Angeklagten gewesen seien, die die Worte Schuft und Lump gesagt hätten; es wären am fraglichen Abend circa 40 Maurer die Glauchauerstraße heraufgegangen, da könne es leicht möglich sein, daß es auch andere gewesen seien. Ob Ullmann mit Absicht angepöbel worden sei, glaube er auch nicht, es sei leicht möglich, daß einer ausgepöbel und Ullmann dabei getroffen habe. Im übrigen könne er die Angeklagten heute noch nicht, obgleich sie vor ihm ständen. Das Gericht verurteilte aber trotzdem die beiden Angeklagten: Wolf zu M. 15 Geldstrafe, Emil Staar zu M. 20 Geldstrafe und Tragung der Kosten. Das Gericht stützte sich auf die Aussagen Ullmanns.

## Eingegangene Schriften.

Die „**Neue Zeit**“ (Zutgart, Paul Siegel), Heft 10 des 26. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Kolonialdebatte. — Triebkräfte und Auslöser der russischen Revolution. Von R. Kautsky. (Schluß). — Ideale und Wirklichkeit in der russischen Literatur. Von Ernst Krenowski (Berlin). — Die Schule der Zukunft. Von H. B. Adams-Wehmann. — Die französische Presse in den ersten Jahren der großen Revolution. Von Heinrich Gmow. (Fortsetzung). — Literarische Rundschau: L. W. Zeilen. Die Besessenen und die Vesilofen in Dellerfeld. Von G. Cäfflein.

Die „**Neue Zeit**“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von M. 3.25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 A. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die „**Neue Gesellschaft**“, Sozialistische Wochenchrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Eitz Braun (Verlag: Berlin-Schöneberg. Preis für das Einzelheft 10 A., pro Monat 40 A., pro Vierteljahr M. 1.20. Heft 11 hat folgenden Inhalt: S. 10 ff.: Kulturbild. — Paris-Berlin. — Die ant-Wirttemberg. — Thronfolger-Freien. — Der vergessliche Präsident. — Die Erbsen und die österreichische Wahlreform. — Wolfgang Greine: Das gerächte Abgerodertenhäus. — Edward David: Das Ergebnis der Kolonialdebatte. — Die zweite russische Duma. — Arthur Nähr: Zur Frage der Heimarbeit in Berlin. — Ernst Schur: Bruno-Paul. — Armand Silvestre: Weiß nachtschlange.

„**Kommunale Praxis**“, Wochenchrift für kommunalpolitisch und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Schöckem. Berlin, W. 10. Aus dem Inhalt der Nummer 49 heben wir hervor: Die württembergische Gemeindeförderung. Von Dr. G. Lindemann. — Die Sparkassen und die Regierung in Sachsen. Von Edmund Fischer.

Von „**Blut und Eisen**“, welches als 3. Band der unter dem Sammeltitel „Kulturbilder“ herausgegebenen populären Abhandlungen aus der Kulturgeschichte erscheint, liegen bis jetzt 9 Hefte vor. Die dem Text beigegebenen zahlreichen Abbildungen erläutern die allgemein verständlich geschilderten Darstellungen des Verfassers. Wer sich für Krieg und Militärgeschichte interessiert, wer die verschiedenen Wirkungen des Krieges kennen lernen will, sollte das hochinteressante Werk abonnieren. Das Werk erscheint in 50 Lieferungen. Der Preis pro Heft beträgt 20 A. (24 Heller) und sind sämtliche Hefte von Nr. 1 an durch jede Buchhandlung und jeden Kolporteur zu beziehen.

„**Der Schwindel der kirchlichen Arbeiterpolitik**“ von August Erdmann, Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Preis 75 A., Agitationsausgabe 35 A. Die sieben unter diesem Titel herausgegebene Arbeit wendet sich, unter Beifügung reichen Literaturmaterials, gegen die von der Zentrumspartei und ihrer Presse bis zum Ueberdruß wiederholte Behauptung, daß es ohne das Zentrum keine Sozialpolitik geben würde, daß außerhalb des Christentums überhaupt keine Sozialpolitik möglich sei und nur auf der Grundlage der Religion den Arbeitern geholfen werden könne. Nur das Zentrum wisse, was den Arbeitern not tut, und so könne auch nur die Zentrumspartei eine endgültige Lösung der Arbeiterfrage herbeiführen. Indem der Verfasser rückfahrig diesen kirchlichen Schwindel durch die Aufhebung der sozialpolitischen Vergangenheit des Zentrums bloßlegt, zeigt er die wahren Beweggründe der christlichen Arbeiterfürsorge: die Arbeiter als Wähler für die bestehende Klasse einzufangen und zu erhalten.

Die Broschüre ist in allen Parteibuchhandlungen vorrätig und kann durch jeden Kolporteur bezogen werden.

Die „**Gleichheit**“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Zutgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 25 des 16. Jahrgangs.

Die „**Gleichheit**“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 A.; durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 A., unter Kreuzband 65 A. Jahresabonnement M. 2.60.

Der „**Wahre Jacob**“, Nr. 25 des 23. Jahrgangs. Die Nummer enthält die Wiederabgabe eines alten Wides unseres August Dreesbach, dem ein warm empfundenen Nachruf gewidmet ist. Sodann erwähnen wir die beiden farbigen Bilder: „Der polnische Schreden“ und der „Palastspieler“. Der Preis der 20 Seiten starken Nummer ist 10 A.

„**Sludbischer Postillon**“, Nr. 25. (Verlag M. Ernst, München.) Eine fein ausgearbeitete hell-undere Satire: Nach „Talmim und nach Widsen“ aus der einwigen Sandmar macht uns Freude und bringt Lustigung auch in den rüchständigen Gmrlaken deutscher Surrealbrüder. — Zu haben bei allen Buchhändlern um 10 A.

## Briefkasten.

Zur Beachtung! Das Inhaltsverzeichnis für den 19. Jahrgang des „**Grundstein**“ wird mit der am 5. Januar erscheinenden Nr. 1 unseres Blattes verandt. Bestellungen müssen spätestens bis zum 30. Dezember in unseren Händen sein. Ohne direkte Bestellung wird kein Verzeichnis verandt. Einbaudecken werden gleichfalls auf Bestellung zum Selbstkostenpreis geliefert.

Colingen, A. Auch wir hatten es für eine Pflicht der Kollegen, daß sie sich an den Wahlen beteiligen; aber mit dem Ausschluss aus dem Verband kann ihre Wahltautheit nicht bestraft werden.

Michendorf, A. Sp. Veranlassungsberichte vom Monat Oktober jetzt noch in Dezember zu veröffentlichen, lohnt sich doch wohl nicht, zumal, wenn sie für die große Masse fast gänzlich bedeutungslos sind.

Baderleben, S. Bericht kam für die vorige Nummer viel zu spät.

Hohenstein-Ernstthal, M. H. Nach einer Amtsgerichtsentscheidung gehört das Mitgliedsbuch nicht dem jeweiligen Inhaber, sondern es ist Eigentum des Verbandes. Die Amtsgerichtsentscheidung ist in Nr. 12 des „**Grundstein**“ vom 24. März d. J., Seite 156, abgedruckt. Die andere Frage ist demnach mit Ja zu beantworten.

Dresden-Trebitz, W. P. Aber die im Oktober und November abgehaltenen Agitationsveranstaltungen haben wir aus keinem Ort einen Bericht gebracht; aus diesem Grunde haben wir auch den dort eingegangenen Bericht nicht gebracht.

Stimmerhütte, S. Wenn Ihr Vater im Kriege oder nachweislich infolge des Krieges invalide geworden ist, hat er Anspruch auf Unterstützung. Die Kriegsteilnahme an sich berechtigt nur zur Teilnahme am Invalidenfonds. Meldungen bei der Ortspolizeibehörde.

Rangen, Ch. „**Tiefbau**“, erscheint in Berlin.

## Anzeigen.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 10 A.)

Briefen. Am 4. Dezember starb unser treuer Verbandskollege **August Kaiser** im Alter von 64 Jahren an Lungenerkrankung.

Dresden. Am 25. November starb unser Verbandsmitglied **Wilhelm Pausler** aus Ober-Ebersbach im Alter von 66 Jahren an Herzschlag. — Am 1. Dezember starb unser Kollege **Joseph Cech** aus Varnsdorf im Alter von 39 Jahren nach kurzem Krankenlager an Lungenschwund.

Briefen. Am 6. Dezember starb unser treuer Verbandskollege **Albert Gohlke** aus Neu-Anspach im Alter von 61 Jahren an Lungenerkrankung.

Hannover. Am 2. Dezember starb unser Kollege **Karl Deinke** im Alter von 50 Jahren an Lungenerkrankung.

Mainz-Geisheim. Am 6. Dezember starb unser Kollege **Peter Wilh. Pötzer** im Alter von 24 Jahren an den Folgen eines Unfallschlags.

Weihen. Am 28. November starb unser Mitglied **Ernst Oswald Franke** im Alter von 39 Jahren nach kurzem Krankenlager an Lungenschwund.

Neumünster. Am 6. Dezember starb unser langjähriger Verbandskollege **Wilh. Schmehl** im Alter von 87 Jahren an Lungenerkrankung.

Posen. Am 1. Dezember starb nach langem Leiden unser Kollege **Joseph Tytki** im Alter von 20 Jahren an Lungenerkrankung.

Regensburg. Infolge mehrjähriger Lungenerkrankung starb unser treuer Kollege **Johann Meier** im Alter von 25 Jahren am 5. Dezember durch einen Schlag in den Kopf seinem Leben ein Ende.

Rohr. Donnerstag, den 6. Dezember, starb unser Verbandskollege und Mitbegründer unseers Zweigvereins **Friedrich Börner** im Alter von 68 Jahren an Lungenerkrankung.

Wolfsbittel. Am 5. Dezember starb durch rasche Überwind nach qualvollen Leiden unser treuer Verbandskollege **Otto Schlecht** im Alter von 24 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

### Grandenz.

Sonnabend, den 22. Dezember, Abends 6 1/2 Uhr:

## \* Weihnachtsfeier \*

im „**Geuerbans**“, Langestr. 16.

Die Kollegen aus der Stadt und Umgebung werden hierzu freundlichst eingeladen. [M. 3] Der Vorstand.

### Veranstaltungen-Aussieger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Veranstaltungen zu besuchen.

#### Verbandsveranstaltungen der Maurer.

Sonntag, den 16. Dezember.

Berlin. (Gemeintlicher.) Korn. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 16, Gosl. I. Vortrag.

Bolzberg a. d. Elbe. Nachm. 3 Uhr. T.-O.: Berichterstattung der Regionalkommission. Referent anwesend.

Deutsch Eylau. Nachm. 2 1/2 Uhr bei Herrn Paul Schwanowski, Aders-traste 10.

Friedersdorf. Nachm. 2 Uhr bei Pötel.

Gardelegen. Nachm. 3 Uhr Besprechung bei H. Wismar. Verbandskollegen sind mitzubringen.

Hohenstein-Ernstthal. Nachm. 3 1/2 Uhr im Gasthaus „Zur Bede“.

Wiesenburg. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. Die Kollegen werden ersucht, ihre Beiträge in diesem Jahre voll zu zahlen und die Bücher zur Abrechnung abzugeben.

Dienstag, den 18. Dezember.

Mittwoch, den 19. Dezember.

Berlin. (Geistl. Fortb.) Abends 8 Uhr im Lokal Neue Königl. 26, „Königshof“. T.-O.: Neuwahl der Verbandsleitung. Anträge zum Verbandsstag.

Porzheim. Nachm. 6 1/2 Uhr im „Edel“. Bücher mitbringen.

Rastenburg. Abends 6 Uhr Schluß. 30.

Donnerstag, den 20. Dezember.

Berlin. (Westen.) Abends 8 1/2 Uhr im „Königshof“, Wilmstr. 27. Vortrag des Gen. Wöste. Bericht von der Vertreterkonferenz. (Wöste.) Veranlassung mit Frauen. Vortrag. Bericht über die Vertreterkonferenz: Wahl eines Delegationskomitees. Abends 7 1/2 Uhr bei H. Wismar. Wilmstr. 122. Vortrag über: „Sind der Gewerkschaften?“ Referent: Genosse Witter.

Sonnabend, den 22. Dezember.

Sonntag, den 23. Dezember.

Kahl. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. Referent ist anwesend.

Schweinitz a. d. Elster. Korn. 10 Uhr Generalversammlung bei R. Schmidt. Hofschandorf.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 23. Dezember.

Schweinitz a. d. Elster. Korn. 10 Uhr Generalversammlung bei R. Schmidt.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kier & Co. in Hamburg.